

08/09.07



# DEUTSCHLAND-RUNDBRIEF

herausgegeben vom Deutschen Naturschutzring (DNR) e.V.

**Gerechtigkeit - kein Thema für Umweltverbände?  
Klimadebatte unterschätzt Landwirtschaft  
100 Jahre staatlicher Naturschutz  
Ist Wassersparen Unsinn?**

und weitere Beiträge zu Naturschutz- und Umweltpolitik auf Bundesebene

**DEUTSCHLAND-RUNDBRIEF**

herausgegeben vom Deutschen Naturschutzring (DNR) e.V.

**Deutschland-Rundbrief**

Naturschutz- und Umweltpolitik  
auf Bundesebene  
Jahrgang 13 (2007), Heft 08/09  
ISSN 1861-0048

**Herausgeber**

Deutscher Naturschutzring,  
Dachverband der deutschen Natur- und  
Umweltschutzverbände (DNR) e.V.

**Geschäftsstelle Bonn**

DNR, Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn  
Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96  
eMail: [info@dnr.de](mailto:info@dnr.de)  
Internet: [www.dnr.de](http://www.dnr.de)

**Redaktion, Geschäftsstelle Berlin**

Matthias Bauer (mb), Marion Busch (mbu);  
Mitarbeit an dieser Ausgabe: Juliane Grü-  
ning (jg), Ines Jentsch (ij), Bjela Vossen  
(bv)  
DNR, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin  
Tel. 030 / 443391-82  
eMail: [redaktion@dnr.de](mailto:redaktion@dnr.de)  
Internet: [www.dnr.de/publikationen](http://www.dnr.de/publikationen)

**Abo-Verwaltung**

Thomas Kreuzberg, DNR  
Geschäftsstelle Bonn (s. o.)  
eMail: [thomas.kreuzberg@dnr.de](mailto:thomas.kreuzberg@dnr.de)

**Technik**

Layout: Florian Braun, [terralisto.com](http://terralisto.com)  
Satz: DNR Redaktionsbüro, Berlin  
Druck: Druckerei Eberwein, Bonn

**Gastbeiträge**

Artikel aus Verbänden und Forschung  
sind willkommen. Die Redaktion behält  
sich Kürzung und Bearbeitung vor. Für  
unverlangt eingesandtes Material keine  
Haftung. Namentlich gezeichnete Beiträge  
geben nicht unbedingt die Meinung der  
Redaktion/des Herausgebers wieder.

**Copyright**

Die Urheberrechte liegen beim Herausge-  
ber. Einzelne Artikel können nachgedruckt  
werden, wenn die Quelle angegeben wird.

**Förderhinweis**

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundes-  
umweltministerium gefördert. Die Förderer  
übernehmen keine Gewähr für die Richtig-  
keit, Genauigkeit und Vollständigkeit der  
Angaben sowie für die Beachtung der  
Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten  
und Meinungen müssen nicht mit denen  
der Förderer übereinstimmen.

## Wer Nachhaltigkeit will, muss die Zivilgesellschaft fördern

### Liebe Leserinnen und Leser,

auch mit noch so viel Bürgerengagement kann eine nachhaltige Gesellschaft nicht verwirklicht werden, wenn es dafür keine unterstützenden Rahmenbedingungen gibt und Politik und Behörden, aber auch die Wirtschaft Veränderungen blockieren.

Besonders deutlich wurde dies beim G8-Gipfel im Juni in Heiligendamm, wo die Regierungschefs der acht einflussreichsten Industrieländer durch meterhohe Befestigungsanlagen und ein Großaufgebot an Polizei vor der Zivilgesellschaft geschützt werden mussten - darunter zugegebenermaßen auch einige hundert Gewalttätige. Offensichtlich ist die Kluft zwischen Regierungen und Bevölkerung zu groß und die Empörung über ausbleibende Lösungen beim Klimaschutz oder bei der Armutskämpfung, etwa in Afrika, wächst.

Die Zivilgesellschaft oder der „Dritte Sektor“ wird durch mehr als 20 Millionen ehrenamtlich tätige Menschen und 2,5 Millionen hauptamtlich Beschäftigte verkörpert. Sie gilt als wesentlicher Treibriemen für die Weiterentwicklung unserer Gesellschaft. Von daher lautet eine zentrale Forderung, dass der dritte Sektor dem ersten Sektor Staat und dem zweiten Sektor Wirtschaft gleichgestellt werden muss.

Anfang Juni fand im Finanzausschuss des Bundestages die Anhörung zum Gesetzesentwurf zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements statt. Unterstützung fand dabei die geplante Vereinheitlichung von gemeinnützigen und spendenbegünstigten Zwecken sowie vor allem die deutliche Anhebung des allgemeinen Abzugsrahmens auf 20 Prozent des Gesamtbetrags der Einkünfte.

Allerdings wird der Natur- und Umweltschutz weiter diskriminiert. Ehrenamtliches Engagement im Naturschutz wird bei den steuerfreien nebenberuflichen Tätigkeiten nicht ausreichend berücksichtigt, vor allem bei der so genannten Übungsleiterpauschale. Beim Erwerb von Grundstücken durch Naturschutzverbände als wichtiger Beitrag zum Erhalt der Biologischen Vielfalt ist eine Grunderwerbssteuer von 3,5 Prozent des Kaufpreises fällig, während die Kirchen beim Grundstückskauf eine solche Steuer nicht abführen müssen. Dabei wird der Kauf in vielen Fäl-

len erst durch Spenden an die Naturschutzverbände ermöglicht.

Wenn man tatsächlich eine Gleichstellung des Dritten Sektors mit den anderen beiden will, sind aber wesentlich weitergehende Schritte einzuleiten. Etwa beim Zuwendungsrecht, wo die derzeit vorherrschende Fehlbedarfsfinanzierung jegliches wirtschaftliche Handeln der Zuwendungsempfänger verhindert, weil erzielte Einnahmen mit der Zuwendung verrechnet werden müssen. Hier ist die Einführung einer Festbetragsfinanzierung überfällig, die außerdem einen wesentlichen Beitrag zur Entbürokratisierung leistet. Wichtig sind aber auch politische Mitwirkungsrechte, etwa Volksentscheide oder Bürgerbegehren auf Bundes- oder Landesebene.

Der Klimaschutz ist endlich ein gesamtgesellschaftliches Thema. Hier kann natürlich die Zivilgesellschaft eine Menge beitragen - und sei es nur, dass ihre eigenen Finanzrücklagen in erneuerbare Energien oder in die Energieeffizienz gesteckt werden. Aber wir wissen auch, dass eine Begrenzung der maximalen globalen Temperaturerhöhung von zwei Prozent eine Reduzierung des heutigen Energieverbrauches um etwa 50 Prozent in wenigen Jahrzehnten erfordert. Daher ist die drastische Erhöhung des Kraft-Wärme-Kopplungs-Anteils bei der Stromerzeugung von derzeit lediglich 11 Prozent überfällig. In Dänemark sind es schon 50 Prozent! Besonders ärgerlich ist auch, dass die Politik in Deutschland immer noch vor einem verbindlichen Tempolimit zurückschreckt.

Gleiches gilt für die Debatte über Lebensstile, ein Thema, das nicht nur der Bundesumweltminister besonders scheut. Bei der längst überfälligen Wertediskussion für eine nachhaltige, zukunftsfähige Gesellschaft werden die Umweltverbände eine wichtige Rolle spielen und glaubwürdige Modell- und Leitbilder vorschlagen und vorleben. Was die Umweltverbände heute als Vision in die Gesellschaft tragen, wird später Politik sein. Dafür brauchen wir einen langen Atem - und Rahmenbedingungen, die uns das Atmen erleichtern.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre dieser Ausgabe.

Ihr  
Dr. Helmut Röscheisen, DNR-Generalsekretär

## In eigener Sache

### Runderneuerung beim Rundbrief des Deutschen Naturschutzrings

Liebe Leserinnen und Leser, wir freuen uns, Ihnen eine deutliche Qualitätsverbesserung in Inhalt und Form ankündigen zu können. Ab dem kommenden Heft bekommt der Rundbrief des DNR mehr Seiten, ein schöneres Layout und eine besser lesbare Schrift. Unter dem neuen Namen „Umwelt aktuell“ wird unsere Berliner Redaktion dann über Naturschutz und Umweltpolitik in Deutschland und Europa berichten und über die Aktivitäten des DNR und seiner Verbände informieren.

Weil rund 80 Prozent der deutschen Umweltgesetzgebung mittlerweile aus Brüssel kommen und wir die nicht mehr zeitgemäße Trennung von EU- und Bundespolitik im Natur- und Umweltschutz aufheben wollen, wird die DRB-Redaktion von nun an durch die Redaktion unseres EU-Rundschreibens verstärkt. Was die neuesten Richtlinien aus Brüssel für die deutschen Naturschutzverbände bedeuten, was das Umweltministerium in Berlin plant oder welche Brisanz eine neue Verbandsstudie hat - mit unserem neuen Heft entgeht Ihnen künftig (fast) nichts mehr.

Außerdem haben wir den renommierten Oekom-Verlag in München als Partner gewonnen. Er bringt neben langjähriger Erfahrung mit Umweltliteratur sowie Vertrieb und Werbung die 5000 Abonnenten und Leserinnen seines bisherigen Infodienstes „punkt.um“ und ein lesefreundlicheres Layout mit.

Künftig wird jede Ausgabe mit drei längeren Schwerpunktartikeln beginnen und dann im Hauptteil die gewohnten, nach Themen geordneten Meldungen sowie ein Interview bringen. Der DNR und seine Verbände erhalten einen eigenen, hervorgehobenen Heftteil. Im Serviceteil finden Sie neue Publikationen und Termine.

Auch das Erscheinen pünktlich zum Monatsanfang ist in Zukunft gesichert. Deshalb ist diese Ausgabe noch einmal eine Doppelnummer und etwas umfangreicher, zudem ergänzt um die Sonderbeilage „Erneuerbare Energien und Naturschutz“.

Ihr DNR-Redaktionsbüro  
Matthias Bauer

## 2 Impressum

## 3 Editorial

- Wer Nachhaltigkeit will, muss die Zivilgesellschaft fördern
- In eigener Sache: Runderneuerung beim Rundbrief des DNR

## 5 Verbände, Ehrenamt

- Besorgnis wegen Klimawandel: Zulauf bei Umweltverbänden
- Beirat für Raumordnung fordert Gestaltungsauftrag im Gesetz
- Bayern: Aktion „Miteinander“ zeichnet Ehrenamtliche aus
- Gerechtigkeit - ein Thema für die Umweltverbände?  
Von Annette Littmeier, DNR
- Lesenswert: NGO-Handbuch

## 8 Agrarpolitik, Gentechnik, Verbraucherschutz

- Ökolandbau-Fläche wächst nur noch langsam
- Streit um Ökobilanz regionaler Bioprodukte
- Umweltrat: Biomasse nicht für Autos verschwenden
- Grünes Licht für Gentechnikgesetz: Verbände und Grüne warnen
- Verbraucherinformationsgesetz ist Verbänden zu schwach
- Strompreise steigen: Ökostrom kaum noch teurer
- Kurzmeldungen: EU-Strafen, Genmais, Holzimporte

## 11 Emissionen, Abfall, Chemie, Industrie

- Quecksilber: Oft falsch entsorgt und nicht immer gemessen  
Von Florian Noto, DNR
- BUND verlangt Kontrolle der Nanotechnologie
- Strahlenschutzkonferenz: Grenzwerte unzureichend
- Partikelfilter auch für Busse und Lkw
- Kurzmeldungen: Müll-Ex- und Import, Kohlenmonoxid-Pipeline

## 13 Energie, Klima

- Die Klimadebatte unterschätzt die Bedeutung der Landwirtschaft  
Interview mit Dr. Karl von Koerber, Ernährungsexperte
- Nationales Energiekonzept soll im Herbst vorliegen
- Bundestag beschließt Regeln für künftigen Emissionshandel
- Vattenfall: Zweifel an Zuverlässigkeit
- Unterirdische CO<sub>2</sub>-Speicherung in Deutschland beginnt
- Kurzmeldungen: Gründerpreis
- Lesenswert: Nutzungskonflikte bei Erneuerbaren Energien

## 17 Nachhaltigkeit, Umweltpolitik, Recht

- Studie untersucht beste Baulandstrategie für Kommunen
- Kurzmeldungen: Abgeordneten-Einkünfte, Nachhaltigkeitsrat, Journalistenpreis

## 18 Naturschutz, Artenschutz, Tierschutz

- 100 Jahre staatlicher Naturschutz in Deutschland: Neues Standardwerk  
Von Johannes Zechner, Deutsches Historisches Museum
- Bundesnaturschutzgesetz: Novelle ignoriert Verbände-Vorschläge
- Ausgleichsflächen als Dienstleistung
- Umweltfreundlicheres Binnenschiff
- Kurzmeldungen: Kinderwettbewerb, „Naturallianz“
- Lesenswert: Naturgeschichte

## 22 Verkehr, Tourismus

- Kabinett stellt Weichen für Bahn-Privatisierung
- Beschluss über Fehmarnbelt-Brücke
- UBA berechnet externe Kosten neu
- Kurzmeldungen: Thüringer Wald, Fahrradtourismus
- Lesenswert: Nahmobilität

## 24 Wasser, Meere

- Wassersparen ist kein Unsinn  
Von Harald Gülzow, BBU

## 25 Service

- Umwelt-Termine
- Informationsquellen
- EU-Umweltpolitik verständlich

## Sonderbeilage

- Tagungsdokumentation (separate Heftung): Erneuerbare Energien und Naturschutz

Inhalt des EU-Rundschreibens: Seite 30.

### Mehr Menschen setzen sich für Umwelt- und Naturschutz ein

**Besorgnis wegen Klimawandel sorgt auch für Zulauf bei BUND und NABU**  
Immer mehr Menschen unterstützen die Arbeit von Umwelt- und Naturschutzverbänden. Wie aus den im Sommer veröffentlichten Jahresberichten hervorgeht, verzeichneten die vier größten deutschen Umweltorganisationen NABU, BUND, Greenpeace und WWF Ende 2006 knapp 35.000 neue Mitglieder und Förderer. Insgesamt waren es 1,7 Millionen - ein neuer Höchststand.

#### Neue Mitglieder und Unterstützer aus allen gesellschaftlichen Gruppen

Das Spektrum, aus dem die neuen Verbandsmitglieder kommen, ist groß: Laut Greenpeace ist zwar der Anteil der Unterstützer mit Abitur und Hochschulabschluss am höchsten, aber sie kommen inzwischen aus allen gesellschaftlichen Schichten und Altersgruppen. Der NABU meldete 10.000 Neueintritte und war Ende 2006 rund 418.000 Mitglieder stark. Der BUND begrüßte 3000 neue Mitglieder, insgesamt waren dies 394.000 Personen. Der WWF meldete Ende vergangenen Jahres 325.000 Förderer, das waren 16.500 Neuzugänge. Bei Greenpeace in Deutschland traten 2006 im Vergleich zum Vorjahr 4500 neue Förderer ein (insgesamt 559.000).

DNR-Generalsekretär Helmut Röscheisen nannte als Gründe für das Engagement die Besorgnis vieler Menschen angesichts auffälliger Klimadaten. Zwar hätten die Verbände seit Jahren einen kontinuierlichen Zuwachs verzeichnet. Doch die Wetterskapriolen der vergangenen Jahre hätten wieder mehr Menschen für den aktiven Naturschutz motiviert. Milde Winter, Sommerhitze und Trockenheit oder sintflutartige Regenfälle schreckten die Menschen zunehmend auf. (mbu) ■

#### • Weitere Informationen

BUND Bundesgeschäftsstelle, Berlin  
Tel. 030 / 275864-0, Fax -40  
eMail: [info@bund.net](mailto:info@bund.net)  
[www.bund.net](http://www.bund.net)

Naturschutzbund (NABU), Bonn  
Tel. 0228 / 4036-0, Fax -200  
eMail: [nabu@nabu.de](mailto:nabu@nabu.de)  
[www.nabu.de](http://www.nabu.de)

### Raumordnung soll Kulturlandschaft schützen

#### Positionspapier: Beirat fordert Gestaltungsauftrag im Gesetz

Die AG Kulturlandschaften im Beirat für Raumordnung beim Bundesbauministerium hat ein Positionspapier über „Kulturlandschaften als Auftrag der Raumordnung“ erarbeitet. Dies teilte Brigitte Dahlbender, Vertreterin des BUND im Beirat, mit. Das Papier begrüßt, dass die Kulturlandschaftsentwicklung ein Leitbild der Raumordnung sei und damit ein „aktiver Gestaltungsauftrag“ verbunden werde. Es mangle jedoch an der Verzahnung mit anderen Leitbildern.

#### Integrativer und funktionaler Ansatz

So müssten Kulturlandschaften auch als Standortfaktoren und Beiträge für die regionale Wertschöpfung gesehen werden, fordern die Beiratsmitglieder. Bei der anstehenden Novellierung des Raumordnungsgesetzes (ROG) solle ein Auftrag zur Kulturlandschaftsgestaltung in den Zielen der Raumordnung verankert werden. Anstelle des überholten Stadt-Land-Gegensatzes müssten stärker funktionale Raumkategorien treten. Der Beirat kritisiert, dass Deutschland als eines der wenigen Länder noch nicht die Europäische Landschaftskonvention mit ihrem integrativen Handlungsauftrag unterzeichnet hat. Die Konvention begreife Kulturlandschaften flächendeckend und beziehe die jeweiligen Akteure in Entwicklungs- und Bildungsprozesse ein.

#### Leitbilder für den neuen Energiesektor

Besonders für die stark landschaftsverändernden Wirkungen von Biomasseanbau, Energieerzeugung, Klimawandel und demographischem Wandel muss die Raumordnung nach Ansicht des Beirats Leitbilder, Zukunftsvisionen und Modellprojekte bereitstellen und finanzielle Anreizinstrumente entsprechend abstimmen.

BUND-Vertreterin Dahlbender bedauerte, dass es nicht gelungen sei, den Eigenwert der Natur jenseits von Nutzungsansprüchen sowie den Wildnisschutz in das Papier aufzunehmen. Dennoch hoffe sie auf positive Wirkungen in der Politik. (mb) ■

#### • Weitere Informationen

Brigitte Dahlbender, BUND, Ulm  
Tel. 07305 / 9315-85, Fax -86  
eMail: [brigitte.dahlbender@bund.net](mailto:brigitte.dahlbender@bund.net)

### Aktion „Miteinander!“ kürt ehrenamtliches Engagement

#### Wettbewerb des Bayerischen Rundfunks diesmal zu Umweltthemen

Am 15. Oktober startet der Bayerische Rundfunk (BR) erneut die Aktion „Miteinander!“. Der Sender zeichnet damit jedes Jahr ehrenamtliches Engagement in Bayern aus. Am Wettbewerb 2007 können Einzelpersonen, Gruppen oder Vereine aus Bayern teilnehmen, die sich ehrenamtlich für den Schutz der Umwelt engagieren. Die vorbildlichsten und interessantesten Initiativen werden ausgezeichnet. Insgesamt werden 20.000 Euro Preisgelder vergeben.

#### Initiativen in Bayern können sich vom 15.10.-2.11. bewerben

Ob es um den Schutz für bedrohte Tierarten geht, die Renaturierung eines Flusses, den Klimaschutz oder die Begrünung des Dorfplatzes: Jede Initiative, die sich für den Erhalt der Umwelt einsetzt, kann beim Wettbewerb mitmachen. Bewerbungsunterlagen gibt es ab 15. Oktober; Einsendeschluss ist der 2. November 2007. Eine Jury wählt aus allen Einsendungen die drei besten Initiativen aus. Diese werden vom 12. bis zum 14. November mit Beiträgen in Bayern2Radio, der BR-Abendschau sowie im Internet vorgestellt. ●

#### Hörer/innen und Zuschauer/innen entscheiden

► Anschließend entscheiden die Hörer/innen und Zuschauer/innen über die Platzierung. Zu gewinnen gibt es 10.000 Euro für den 1. Platz, 6.000 Euro für den 2. Platz und 4.000 Euro für den 3. Platz. Das Preisgeld stiftet die HypoVereinsbank, die mit einem Experten zum Thema auch in der Jury vertreten ist. Die Preisverleihung wird am 16. November live in Bayern2Radio und der Abendschau übertragen. (mbu) ■

#### • Weitere Informationen

Bayerischer Rundfunk, Julia Nether, München  
Tel. 089 / 5900 3845  
eMail: [julia.nether@brnet.de](mailto:julia.nether@brnet.de)  
[www.br-online.de/miteinander](http://www.br-online.de/miteinander)

## Gerechtigkeit - ein Thema für Umweltverbände?

Von Annette Littmeier, DNR

### Umweltbelastung trifft Menschen unterschiedlich - auch bei uns

Fragen der Gerechtigkeit werden bislang von deutschen Umweltverbänden vor allem im Nord-Süd-Zusammenhang thematisiert - vom Tropenholzboykott in den 1980er Jahren über Klimawandel und internationale Agrarpolitik bis hin zur aktuellen Diskussion um Pflanzentreibstoffe - die Umweltverbände haben durchaus im Blick, dass der energie- und rohstoffintensive Lebensstil in den Industrieländern zu Armut, Umwelterstörung und Menschenrechtsverletzungen im Süden führt.

Aber wie sieht es aus in Bezug auf Gerechtigkeit in Deutschland? Ist die ungleiche Verteilung von Umweltbelastungen innerhalb Deutschlands ein Thema, das Umweltverbände beschäftigt? Sind hierzulande überhaupt die verschiedenen sozialen Gruppen unterschiedlich von Umweltschäden betroffen?

### USA: Ungleiche Lebensverhältnisse und „Environmental Justice“

Fundierte Belege, dass auch innerhalb einer Wohlstandsgesellschaft die Menschen je nach Bildungsgrad und sozialem Status unterschiedlich von Umweltschäden betroffen sind und unterschiedliche Möglichkeiten haben mit diesen Belastungen umzugehen, sind in den USA zu finden. Hier sind viele Bevölkerungsgruppen in mehrerer Hinsicht benachteiligt, denn die „nicht-weiße“ Bevölkerung ist häufig weniger gut gebildet und deutlich stärker von Armut betroffen. Zudem leben diese Gruppen oft räumlich konzentriert. In den 1980er Jahren wurde immer deutlicher, dass sie auch verstärkt Umweltbelastungen ausgesetzt sind.

Beispielsweise sind Industrieanlagen, die belastende Emissionen oder Abwässer produzieren, häufiger in Wohngebieten der sozial benachteiligten Gruppen zu finden als in den Wohlstandsvierteln. Die Bürgerrechtsbewegung prangerte diese ungleichen Lebensverhältnisse an - es entwickelte sich in den 1970er Jahren die Environmental-Justice-Bewegung. 1994 wies US-Präsident Clinton die Bundesbehörden und Ministerien an, Umweltgerechtigkeit in ihrem Zuständigkeitsbereich zu kontrollieren und zu fördern. Die oberste

Bundesbehörde EPA etablierte eine „Working Group Environmental Justice“ und schuf spezielle Programme, die sich mit Umweltgerechtigkeit befassen sollten. Das erklärte Ziel dieser Politik: keine gesellschaftliche Gruppe soll einer übermäßigen Umweltbelastung ausgesetzt sein. Mittlerweile hat sich in den USA ein tiefgehender wissenschaftlicher Diskurs darüber entwickelt, dass Umweltschäden, aber auch Umweltschutzmaßnahmen bestimmte Regionen und Gruppen stärker treffen als andere.

Wie ist nun die Situation in Deutschland? Zunächst stellt sich die Frage, ob in Deutschland in einem ähnlichen Ausmaß soziale Ausdifferenzierung, Mehrfachdiskriminierungen und Segregation („Ghettoisierung“) existieren.

### UNO und OECD: Arme und Migranten in Deutschland stark benachteiligt

Die Hinweise dafür mehren sich. So hat die PISA-Studie belegt, dass Kinder aus sozial schwachen Familien und insbesondere aus Migrantenfamilien in Deutschland deutlich schlechtere Bildungschancen haben. Sie können weniger gut lesen, doch auch bei guten Leistungen erhalten sie seltener eine Empfehlung für das Gymnasium als Kinder deutscher Herkunft. Sowohl die OECD als auch der UN-Sonderberichterstatte Vernor Muñoz bescheinigen dem deutschen Bildungssystem auch darüber hinaus eine hohe Selektivität.

Nach Angaben des Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung von 2005 sind vor allem Alleinerziehende, Menschen mit niedrigem Bildungsniveau und Migranten von Armut betroffen. Sowohl das Armutsrisiko als auch die Sozialhilfequote liegen für diese Gruppen deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Differenziert man nach dem Alter, sind vor allem Kinder und Jugendliche von Armut betroffen. Ebenso tragen Frauen ein höheres Armutsrisiko als Männer. Auch wird die Kluft zwischen Arm und Reich immer gravierender.

### Soziale und räumliche Spaltung nimmt auch bei uns zu

Der Armuts- und Reichtumsbericht analysiert zwar nicht direkt das Bildungsniveau armer Bevölkerungsgruppen, belegt aber, dass eine hochwertige Ausbildung das Risiko der Erwerbslosigkeit deutlich vermindert. Weiter legt der Bericht dar, dass der

Gesundheitszustand der armen Bevölkerung vergleichsweise schlecht ist. Zu den häufigen Krankheiten zählen Herzinfarkt, Angina pectoris, Adipositas, chronische Bronchitis, Hypertonie, Diabetes und chronische Rückenschmerzen.

Die soziale und räumliche Spaltung ist in Deutschland immerhin schon so weit ausgeprägt, dass die Bundesregierung 1999 das Programm „Die soziale Stadt“ als Gegenmaßnahme ins Leben gerufen hat ([www.sozialestadt.de](http://www.sozialestadt.de)).

### Erste Untersuchungen zu Industrieschadstoffen

Halten wir also fest: die soziale Trennung ist da, Mehrfachdiskriminierung und Segregation finden auch in Deutschland statt. Bleibt die Frage, ob sozial benachteiligte Personen in Deutschland mehr Umweltbelastungen ausgesetzt sind und wenn ja - warum?

Eine systematische Erforschung dieser Zusammenhänge hat sich allerdings in Deutschland noch nicht etabliert. Bisher gibt es lediglich Einzelstudien. So hat beispielsweise eine Studie im Auftrag des Landesumweltministeriums von Nordrhein-Westfalen erstmalig nachgewiesen, dass das Leben in unmittelbarer Umgebung von schadstoffemittierenden Industrien die Gesundheit schädigt. Der Soziologe Werner Maschewsky kam in seinen Recherchen zur Situation in Hamburg zu dem Schluss, dass großtechnische Anlagen wie Kraftwerke, Müllverbrennungsanlagen und Raffinerien räumlich ungleichmäßig verteilt sind und ihre Anzahl deutlich mit sozialen Indikatoren wie hoher Arbeitslosigkeit und hoher Zahl von Sozialhilfeempfängern korreliert. Fast alle Umweltprobleme, die die Gesundheit beeinträchtigen, treten in sozial benachteiligten Stadtteilen auf.

### Wer es sich leisten kann, zieht weg

Um zu beurteilen, ob auch in Deutschland arme Bevölkerungsgruppen stärker von Umweltbelastungen betroffen sind, hilft zunächst der gesunde Menschenverstand weiter: Verkehrslärm, Autoabgase, Industrieemissionen, Geruchsbelästigungen aus Industrie und Gewerbe sowie Mangel an Grünflächen beeinträchtigen die Qualität des Wohnortes und schlagen sich in niedrigen Mieten nieder. Wer es sich leisten kann, zieht weg - wer keine andere Möglichkeit hat, muss in diesen belasteten Gebieten wohnen bleiben.

In Bezug auf Umweltbelastungen, die nicht vom Wohnort abhängen, lohnt es sich zumindest Fragen zu stellen. Sind arme und weniger gebildete Menschen stärker mit Pestiziden und Chemikalien belastet, weil sie erstens weniger gut informiert sind und zweitens seltener ökologisch produzierte Lebens- und Körperpflegemittel, Kleidung und Spielzeug kaufen? Werden in Deutschland vom Klimawandel außer den Alten und Kranken noch weitere Bevölkerungsgruppen stärker betroffen sein? Wen wird die Bahnprivatisierung und die Reduzierung des ÖPNV-Angebots im ländlichen Raum besonders treffen? Und wer profitiert am meisten von ökologisch schädlichen Subventionen wie die Entfernungspauschale?

### Energiesparen bringt

#### Geringverdienenden am meisten

Vom Gebäudesanierungsprogramm beispielsweise profitieren bisher noch die Eigenheimbesitzer. Mieter, die ihren Energiebedarf über bauliche Änderungen wie Wärmeisolierung und den Einbau neuer Fenster senken wollen, können darüber nicht frei entscheiden und haben auch keine Handhabe, ihren Vermieter dazu zu veranlassen. Ebenso wenig können sie sich für eine Heizenergieversorgung aus erneuerbaren Quellen entscheiden. Dabei könnten Energiesparmaßnahmen und die Unabhängigkeit von zukünftig deutlich teurer werdenden fossilen Energiequellen vor allem die sozial schwachen Haushalte entlasten - in Relation zum Grundeinkommen betrachtet, sind 500 Euro für einen Arbeitslosen oder eine allein stehende Mutter mit Billigjob eben viel mehr als für einen Gutverdienenden.

### Die sozialen Effekte von Umweltschutz sichtbar machen

Eine gewisse ökologische Ungerechtigkeit besteht also auch in Deutschland. Dass Umweltschutz vor allem die Lebenssituation von benachteiligten Gruppen deutlich verbessern kann, sollte durchaus von den Umweltverbänden zukünftig stärker betont werden. Warum machen wir bei Forderungen nach einem besseren Schutz vor Chemikalien, Feinstaub und Verkehrslärm nicht stärker deutlich, wem dieser Schutz zugute kommt? Wenn eine geringere Lärmbelastung die Lernfähigkeit von Kindern verbessern kann und somit ihre Chancen auf Bildung und Wohlstand erhöht; wenn eine pestizidfreie Ernährung und die Reduzierung der Feinstaubbelastung die Gesundheit vor allem von sozial

schwachen Personengruppen verbessert und Energiesparmaßnahmen indirekt ihr Einkommen erhöht, dann tragen diese Maßnahmen zu mehr Gerechtigkeit bei und bewirken, dass benachteiligte Gruppen stärker gesamtgesellschaftlich partizipieren können. Letztendlich ließe sich mit dem Fokus auf ökologische Gerechtigkeit klar und anschaulich vermitteln, dass Umweltschutz nicht das Bonbon ist, das man vergeben kann, wenn sozial und ökonomisch das Optimum erreicht ist, sondern dass auch in einer scheinbar naturfern agierenden Gesellschaft die Grenzen für soziales und wirtschaftliches Handeln von der natürlichen Lebensgrundlage gesetzt werden. ■

### • Weitere Informationen

DNR, Nachhaltigkeitsexpertin Annette Littmeier, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin  
Tel. 030 / 443391-88, Fax -80  
eMail: [annette.littmeier@dnr.de](mailto:annette.littmeier@dnr.de)  
[www.dnr.de/dnr/projekte/projekt?id=14](http://www.dnr.de/dnr/projekte/projekt?id=14)

#### Literatur:

Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): „Ökologische Gerechtigkeit“, Aus Politik und Zeitgeschichte 24/07, 40 S., kostenlos; Bezug, Lesen und Download:  
[www.bpb.de/publikationen/ZUXX6W](http://www.bpb.de/publikationen/ZUXX6W)

Erik Petersen: „Umwelt und Gesundheit an Belastungsschwerpunkten - Hot Spot-Studie im Ruhrgebiet“, umwelt-medizin-gesellschaft 3/2006

Werner Maschewsky: „Umweltgerechtigkeit - Themen und Handlungsansätze am Beispiel USA und Schottland“, umwelt-medizin-gesellschaft 3/2006

Werner Maschewsky: „Umweltgerechtigkeit - gesundheitliche Relevanz und empirische Erfassung“, Veröffentlichungsreihe der Arbeitsgruppe Public Health, Forschungsschwerpunkt Arbeit, Sozialstruktur und Sozialstaat, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Berlin 2004

## Lesenswert

### Erstes NGO-Verzeichnis für den deutschsprachigen Raum

Im Juli ist das erste „NGO-Handbuch“ für den deutschsprachigen Raum erschienen. Herausgeber ist das Greenpeace Magazin. Das Buch enthält auf jeweils einer Seite Kurzinformationen über rund 400 Nichtregierungsorganisationen (NGOs), Non-Profit-Organisationen (NPOs), Netzwerke und zivilgesellschaftliche Projekte. Es ist grob gegliedert in die drei Kapitel

- Umwelt, Natur, Tiere
- Menschenrechte, Demokratie, Soziales, Gesundheit
- Frieden, Abrüstung

Die Einträge in jedem der drei Kapitel sind alphabetisch sortiert. Jeder Eintrag enthält eine Kurzcharakteristik sowie Angaben wie Adresse, Ansprechperson, Budget und Erfolge. Am Ende des Buches gibt es ein Stichworte- und Personenregister. Im Vorwort gibt es außerdem Tipps, wie man eine NGO gründet. (mbu)

Greenpeace Magazin (Hrsg.): Das NGO-Handbuch - 421-mal Fakten und Daten von Organisationen aus Deutschland, Österreich, Luxemburg und der Schweiz, 496 S., 24,50 Euro, ISBN 978-3-9811689-0-7; Bezug: [www.greenpeace-magazin.de/warenhaus/detail.php?id=622](http://www.greenpeace-magazin.de/warenhaus/detail.php?id=622)

■

## **Ökolandbau-Fläche wächst nur noch langsam**

### **Anbauverbände sprechen von „historischem Tiefstand“**

Die statistischen Daten für den ökologischen Landbau in Deutschland 2006 werden unterschiedlich bewertet. Nach Angaben des Bundeslandwirtschaftsministeriums (BMELV) hat sich im vergangenen Jahr die ökologisch bewirtschaftete Fläche um 2,3 Prozent vergrößert. 2005 betrug der Zuwachs noch 5,2 Prozent. Die Zahl der Ökobauernhöfe stieg um 3,2 Prozent, im Vorjahr waren es 2,5 Prozent mehr. Während das BMELV von „soliden Wachstumsraten“ sprach, sieht der Erzeugerverband Bioland den Zuwachs an ökologisch bewirtschafteter Fläche „auf einem historischen Tiefstand angekommen“.

### **Wachstum im Bio-Markt geht an einheimischen Bauern vorbei**

Bioland-Präsident Thomas Dosch wies darauf hin, dass im gleichen Zeitraum der Markt für Bioprodukte um 16 Prozent gewachsen sei. Die Zahl der registrierten Importeure von Bioprodukten erhöhte sich um fast 17 Prozent. Es müsse endlich wieder positive Signale für eine Umstellung auf Biolandbau geben, forderte Dosch. Bund und Länder sollten Sofortmaßnahmen zur Ausweitung der Ökolandwirtschaft ergreifen und das Bundesprogramm Ökologischer Landbau sollte fortgesetzt werden.

### **Umweltkosten der konventionellen Produktion bleiben unberücksichtigt**

2007 rechnet der Verband wieder mit einer nur geringen Steigerung der Umstellungsquote auf Bioproduktion. Hauptgrund sei die nicht leistungsgerechte Honorierung der umweltverträglichen Wirtschaftsweise. Biopreise müssten mit niedrigen Preisen konventionell erzeugter Nahrungsmittel konkurrieren, in denen wesentliche Umweltkosten nicht berücksichtigt seien, kritisierte Dosch. (mbu) ■ ▼

#### **• Weitere Informationen**

Bioland, Kaiserstr. 18, 55116 Mainz  
Tel. 06131 / 23979-17, Fax -27  
eMail: [presse@bioland.de](mailto:presse@bioland.de)  
[www.bioland.de](http://www.bioland.de)

## **Streit um Ökobilanz regionaler Produkte**

### **Studie der Universität Gießen vergleicht Energiekosten**

Die Formel „Regional ist erste Wahl“ trifft nach Ansicht einer Forschergruppe der Universität Gießen nicht immer zu. Die Wissenschaftler untersuchten Produktionsbedingungen für Bio-Äpfel in Südafrika und Bio-Rindfleisch in Argentinien und verglichen sie mit Daten von Ökobetrieben in Deutschland. Heraus kam, dass nicht nur der Transport für die Energiebilanz entscheidend ist. Dies gelte nur, wenn die Ware per Flugzeug komme. Nach Meinung der Forscher kommt es vor allem darauf an, wie effizient die Logistik und der Energieeinsatz bei der Erzeugung sind.

### **Ökobauern sollen Energie sparen**

Rinder in Argentinien bräuchten beispielsweise kein spezielles Futter, sagte Elmar Schlich, Professor für Prozesstechnik und Leiter der Studie. Sie stünden immer auf der Weide und würden in großen Herden zum Schlachthof getrieben. Für einen kleinen deutschen Biobetrieb sei der Aufwand pro Tier dagegen viel größer. Auch bei Äpfeln, die aus Übersee mit dem Schiff transportiert würden, sei die Energiebilanz genauso gut wie bei regional angebauten, wenn diese im Kühlhaus gelagert würden. Schlich empfahl den Ökobauern, sich zur Verbesserung der Energieeffizienz beraten zu lassen und stärker miteinander zu kooperieren.

### **Kritik der deutschen Bio-Branche**

Der Bund ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW) kritisierte die Studie. Eine reine Energiebilanz ignoriere die Leistungen von Ökobauern für lokale Wirtschaftsstrukturen, intakte Ökosysteme, alte Nutztierassen und Obstsorten und für die Kulturlandschaft. Andere Kritiker der Studie nannten die Auswahl der Betriebe einseitig. Die „Ökologie der großen Zahl“, die in der Studie zum Ausdruck komme, sei nicht nachhaltig und bediene einseitig die Interessen einer Kommerzialisierung der Biobranche. (mbu) ■ ▼

#### **• Weitere Informationen**

Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW), Marienstr. 19/20, 10117 Berlin  
Tel. 030 / 28482-300, Fax -309  
eMail: [info@boelw.de](mailto:info@boelw.de)  
[www.boelw.de](http://www.boelw.de)

## **Biomasse besser für die Heizung als für den Tank**

### **Umweltrat: Energiepflanzen für die Kraft-Wärme-Kopplung verwenden**

Ein neues Gutachten des Sachverständigenrats für Umweltfragen (SRU) belegt, dass es aus Sicht des Klimaschutzes besser ist Biomasse zu verheizen, anstatt sie als Sprit zu nutzen. Die Begründung des wissenschaftlichen Beratergremiums im Juli: Mit der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) könne man „wesentlich höhere Energiepotenziale ausschöpfen“ als durch Kraftstoffe.

Bei der Kraft-Wärme-Kopplung werden in einem Kraftwerk gleichzeitig Strom und nutzbare Wärme erzeugt. Dadurch lässt sich die eingesetzte Energie zu gut 90 Prozent verwerten. In Fahrzeugmotoren gehen dagegen zwei Drittel der eingesetzten Energie verloren.

### **Entschleunigung des Anbaus nachwachsender Rohstoffe**

Nach Erkenntnissen des SRU wird die heimische Biomasse künftig höchstens zehn Prozent des Primärenergieverbrauchs in Deutschland abdecken können. Denn die Anbauflächen sind nicht unbegrenzt. Daher sei es sinnvoll, die Bioenergie dort zu nutzen, wo sie den größten Effekt für den Klimaschutz bringt. Die Experten kritisieren auch, dass die Forschung zu den Umweltauswirkungen des Energiepflanzenanbaus mit der „rasanten Ausweitung kaum noch Schritt halten“ könne. Der Ausbau nachwachsender Rohstoffe müsse zum Schutz der Umwelt gebremst werden. Außerdem solle für den Einsatz von Düngemitteln eine Abgabe gezahlt und die dreijährige Furchtfolge eingehalten werden. (mbu) ■ ▼

#### **• Weitere Informationen**

Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU), Reichpietschufer 60, 10785 Berlin  
Tel. 030 / 263696-0, Fax -109  
eMail: [sru-info@uba.de](mailto:sru-info@uba.de)  
[www.umweltrat.de](http://www.umweltrat.de)

Sondergutachten „Klimaschutz durch Biomasse“; Download (PDF, 200 S., 1,3 MB):  
[www.umweltrat.de/02gutach/download02/sonderg/SG\\_Biomasse\\_2007\\_Hausdruck.pdf](http://www.umweltrat.de/02gutach/download02/sonderg/SG_Biomasse_2007_Hausdruck.pdf)

## **Kabinett stimmt neuem Gentechnikgesetz zu**

### **„Nach Absprache“ weniger Mindestabstand zum Genfeld möglich**

Das Bundeskabinett hat im August grünes Licht für die Novelle des Gentechnikgesetzes von Agrarminister Seehofer gegeben. Künftig soll Genmais einen Mindestabstand von 150 Metern zu konventionellem Mais einhalten; zu Ökomais sind es 300 Meter. Allerdings können Gentech-Landwirte diese Abstandsregeln umgehen, wenn sie sich mit ihrem Feldnachbarn absprechen. Die Genforschung soll erleichtert werden. Das Gesetz ist unter Bauern und Verbänden umstritten.

### **Genaues Standortregister und Haftungsregeln bleiben**

Gegenüber früheren Plänen wurden die Abstandsregeln im neuen Gesetzentwurf verschärft. Das Haftungsrecht bleibt bestehen. Gen-Anbauer müssen bei Verunreinigungen unabhängig vom Verschulden haften, wenn kein Verursacher gefunden wird. Das Standortregister im Internet zu Anbauflächen wird nicht eingeschränkt.

### **Entschädigung erst ab 0,9 Prozent gentechnischer Verunreinigung**

Dennoch befürchten Umweltverbände eine schleichende Verunreinigung von Lebensmitteln. Die Möglichkeit, mit Absprachen die Mindestabstände zu unterschreiten, müsse gekippt werden, forderte der Bundesverband der Verbraucherzentralen. Außerdem fehlten Abstandsregelungen für private Grundstücke, Imker und Naturschutzgebiete. Eine Entschädigung erst ab 0,9 Prozent genmanipulierter Bestandteile im Produkt sei nicht vereinbar mit dem EU-Kennzeichnungsrecht.

Der BUND und die Grünen warnten vor einer unkontrollierten Ausbreitung genveränderter Organismen. Die Bio-Branche und die Öko-Anbauverbände Bioland und Demeter verlangten größere Sicherheitsabstände. Der Bauernverband sieht unkalkulierbare Haftungsrisiken. Der Gesetzentwurf muss noch durch Bundestag und Bundesrat. (mbu) ■ ▼

#### ● **Weitere Informationen**

Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv), Berlin  
Tel. 030 / 25800-0, Fax -518  
eMail: [info@vzbv.de](mailto:info@vzbv.de)  
[www.vzbv.de](http://www.vzbv.de)

## **Bundestag beschließt Gesetz zur Verbraucherinformation**

### **Bürger/innen haben bei Lebensmittel-Skandalen ein Recht auf Auskunft**

Im Juli hat der Bundestag den Weg für das Verbraucherinformationsgesetz (VIG) freigemacht. Das Gesetz soll Bürger/innen künftig einen gesetzlichen Anspruch auf Behördeninformationen garantieren. Im Fall von Lebensmittelskandalen können die Länder nun die Kommunen dazu veranlassen, die Informationen herauszugeben. Nach dem vorherigen Gesetzentwurf hätte der Bund die Kommunen mit der Veröffentlichung der Daten beauftragt. Bundespräsident Horst Köhler hatte Ende 2006 das Gesetz gestoppt, weil er diese Regelung für verfassungswidrig hielt.

Laut Bundesverbraucherministerium gilt das VIG für Lebensmittel, Futtermittel, Kosmetika und Bedarfsgegenstände wie Textilien oder Reinigungsmittel und erfasst damit für den alltäglichen Gebrauch wichtige Produkte. Ob ein Betriebsgeheimnis vorliegt und ob Firmennamen genannt werden, entscheidet nicht das Unternehmen, sondern die Behörde, sagte Minister Horst Seehofer.

### **Verbraucherorganisationen kritisieren mangelnde Auskunftspflicht für Firmen**

Verbraucherverbände und Teile der Opposition im Parlament kritisierten aber genau diese Punkte im neuen Gesetz. So warf die Verbraucher-Initiative der Bundesregierung „Etikettenschwindel“ vor. Die Organisation bemängelte, dass es keine direkte Auskunftspflicht für Unternehmen gegenüber Verbrauchern geben wird. Auch den Spielraum der Behörden, z. B. die Namensnennung zu verweigern, hält der Verband für zu groß. Außerdem hätte das Gesetz nach Meinung der Verbraucher-Initiative auch auf technische Geräte und Dienstleistungen ausgedehnt werden müssen.

Auch Foodwatch hält das Gesetz für zu schwach. Zahlreiche Ausnahmeregelungen würden Unternehmen schützen, sodass diese die Informationen verzögern oder verhindern könnten. Die Verbraucherrechtsorganisation verweist auf Dänemark, wo Ergebnisse von Lebensmittelkontrollen im Internet veröffentlicht und in den Lebensmittelläden ausgehängt werden müssen.

Nach Ansicht von Verbraucherrechtsexperten lässt sich noch nicht genau vorhersehen, wie das Gesetz in der Praxis funktionieren wird. In den kommenden zwei Jahren wird es evaluiert, eventuelle Mängel sollen dann nachgebessert werden. (mbu) ■

#### ● **Weitere Informationen**

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV), Wilhelmstr. 54, 10117 Berlin  
Tel. 01888 / 529-3173, Fax -3179  
eMail: [pressestelle@bmelv.bund.de](mailto:pressestelle@bmelv.bund.de)  
[www.bmelv.de](http://www.bmelv.de)

Foodwatch, Brunnenstr. 181, 10119 Berlin  
Tel. 030 / 240476-19, Fax -26  
eMail: [presse@foodwatch.de](mailto:presse@foodwatch.de)  
[www.foodwatch.de](http://www.foodwatch.de)

Verbraucher Initiative, Eisenstr. 106, 12435 Berlin  
030 / 53607-33, Fax -345  
eMail: [mail@verbraucher.org](mailto:mail@verbraucher.org)  
[www.verbraucher.org](http://www.verbraucher.org)

## **Strompreise teils drastisch gestiegen**

### **Ökostrom kaum noch teurer**

Seit Juli verlangen zahlreiche Stromanbieter von ihren Kunden deutlich höhere Preise. Durchschnittlich erhöhten die Konzerne die Tarife um acht Prozent, teilweise um mehr als 30 Prozent. Der Grund für die Preissteigerungen: Zum 1. Juli wurde bundesweit die Genehmigungspflicht für Grundversorgungstarife abgeschafft. Das heißt, dass die Konzerne ihre Preise nicht mehr den Behörden zur Überprüfung vorlegen müssen. Viele Versorgungsunternehmen nahmen dies zum Anlass für kräftige Preisaufschläge.

### **Verbände rufen zum Stromwechsel auf**

► Der Preis für Ökostrom bleibt jedoch stabil. Deshalb ist „grüner Strom“ nun teilweise sogar billiger als Strom aus herkömmlicher Erzeugung. Verbraucherschutzverbände riefen dazu auf, die Gelegenheit zu nutzen und auf billigeren oder klimafreundlich erzeugten Strom umzusteigen. Auch das Umweltbundesamt (UBA) sowie die im Aktionsbündnis „Atomausstieg selber machen“ zusammengeschlossenen Umweltverbände appellierten an die Verbraucher/innen, ihre Macht zu nutzen und umweltfreundliche Elektrizität aus erneuerbaren Energien zu unterstützen.

### **Kennzeichnung macht Wechsel leichter**

Das UBA wies darauf hin, dass seit 2006 alle Stromlieferanten verpflichtet sind, ihre Kunden über die Quellen des bereitgestellten Stromes aufzuklären. Außerdem müssen sie über die bei der Erzeugung entstehenden Umweltauswirkungen informieren. (mbu) ■ ▼

### ● **Weitere Informationen**

Bündnis „Atomausstieg selber machen“, Michael Meyer, Berlin  
Tel. 0800 / 7626852  
eMail: meyer@duh.de  
www.atomausstieg-selber-machen.de

## **Kurzmeldungen**

### **Bundesnaturschutzgesetz: NABU fordert Strafzahlungen aus Agrartopf**

Anlässlich der erneut gescheiterten Verabschiedung der Novelle des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG) Anfang Juli hat der NABU gefordert, die nun zu erwartenden EU-Strafzahlungen aus den Mitteln des Agrarressorts zu bestreiten. Die bislang nicht geleisteten Nachbesserungen im Naturschutzgesetz seien eindeutig der Blockadehaltung im Seehofer-Ministerium zuzuordnen. Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hatte im Januar 2006 festgestellt, dass das Bundesnaturschutzgesetz in mehreren Punkten gegen EU-Recht verstößt. Nun drohen Deutschland Strafen in Millionenhöhe. „Die daraus resultierenden Strafzahlungen sollten nach dem Verursacherprinzip 1:1 dem AgrarEtat entnommen werden“, forderte NABU-Bundesgeschäftsführer Leif Miller. (bv)  
Quelle:

[www.nabu.de/m06/m06\\_02/06180.html](http://www.nabu.de/m06/m06_02/06180.html)

### **Gentechnisch veränderter Mais überwintert erstmals in Deutschland**

Der im Jahr 2006 ausgesäte Gentechnik-Mais auf einem Versuchsfeld der Firma Monsanto in Nordrhein-Westfalen ist aufgrund des milden Winters im Frühjahr 2007 unplanmäßig erneut aufgegangen. Dieser so genannte Durchwuchs galt bei Mais bisher in Deutschland als ausgeschlossen. Weil die Maiskörner extrem frostempfindlich sind, gingen bisher alle wissenschaftlichen und praktischen Überlegungen davon aus, dass in unseren Breitengraden nach einer Saison keine keimfähigen Maiskörner mehr auf einem Acker verbleiben und sich weiter verbreiten und auskreuzen können. Dass sich dies durch den Klimawandel in Zukunft ändern könnte, wurde nicht in Erwägung gezogen. In einem Bericht<sup>1</sup> der zuständigen Umweltverwaltung des Regierungsbezirkes Arnsberg in Hagen wird nun dem Umweltministerium NRW mitgeteilt, „dass das unerwartete Auftreten von Durchwuchsmais ein mitteilungspflichtiges Ereignis gemäß § 21 Abs. 5a Gentechnikgesetz (GenTG) darstellt, da der Durchwuchsmais Auswirkungen auf die Koexistenz mit konventionellem bzw. ökologischem Anbau in der Umgebung haben könnte, wenn keine Gegenmaßnahmen getroffen worden wären“. Der Genmais

muss nun aufwendig von Hand entfernt werden. (ij)

● Zukunftsstiftung Landwirtschaft, Benedikt Haerlin, Berlin, Tel. 030 / 27590309, [www.saveourseeds.org](http://www.saveourseeds.org)

### **Kritik an neuer Import-Richtlinie der deutschen Holzwirtschaft**

Die Umweltorganisationen Pro Regenwald und WWF haben von den deutschen Holzimporteuren und -händlern eine entschiedenere Position zum Stopp des illegalen Abholzens gefordert. Ende Juni hatte der Gesamtverband Deutscher Holzhandel (GD Holz) einen Verhaltenskodex veröffentlicht, der den Mitgliedern als Richtlinie für den Holzimport dienen soll. Der WWF kritisierte, das Papier enthalte weder verbindliche Regeln gegen illegalen Einschlag noch ernsthafte Vorschläge für eine nachhaltige Waldwirtschaft. Raubbau müsse mit klaren Vorgaben wie beispielsweise einem obligatorischen Herkunftsnachweis gestoppt werden, forderte Pro Regenwald. (mbu)

● Pro Regenwald, München, Tel. 089 / 3598650, [www.pro-regenwald.org](http://www.pro-regenwald.org)

■

<sup>1</sup> Siehe [www.haerlin.org/Mais\\_Durchwuchs.pdf](http://www.haerlin.org/Mais_Durchwuchs.pdf)

## Quecksilber falsch entsorgt

Von Florian Noto, DNR

### Müllverbrennungsanlage in Darmstadt vier Tage lang außer Betrieb

Ein Ofen der Müllverbrennungsanlage Darmstadt musste Ende Juni vier Tage außer Betrieb bleiben, weil im angelieferten Hausmüll ein bis zwei Kilogramm Quecksilber enthalten waren. Diese Menge passt in eine Kaffetasse. Entdeckt wurde das Nerven schädigende Schwermetall durch kontinuierliche Messung der Abgase. Die Betreiber reagierten verantwortungsbewusst und schalteten die Anlage sofort ab. Die Kosten schätzt der Zweckverband Abfallverwertung Südhessen auf 15.000 bis 20.000 Euro pro Tag. Die Staatsanwaltschaft Darmstadt ermittelt nun gegen Unbekannt.

### Vier von zehn Anlagen messen nicht

In der Regel enthält Hausmüll nur geringe Mengen Quecksilber. Das falsch entsorgte Schwermetall stammt meist aus Knopf-Batterien, Energiesparlampen, Elektroschrott, alten Thermometern oder einer herausgefallenen Amalgamfüllung. Die Abgase können mit aufwändiger Filterung unschädlich gemacht werden. Bei Anlagen mit kontinuierlicher Messung werden aber immer wieder Quecksilberspitzen ermittelt, die aus einer einzelnen größeren Quelle stammen müssen. Im äußersten Fall können die Betreiber bei einem solchen Störfall den Ofen abschalten.

An etwa 40 Prozent der Müllverbrennungsanlagen in Deutschland werden die Quecksilber-Emissionen dagegen nur einmal im Jahr gemessen. Spitzenwerte und Überschreitungen bleiben unerkannt. Anwohner sind bei einem Störfall hohen Quecksilberemissionen ausgesetzt, ohne es jemals zu erfahren.

### Elektroschrott oft nicht fachgerecht entsorgt

Die EU-Richtlinie RoHS<sup>1</sup> schränkt die Verwendung von Quecksilber, Blei, Cadmium und anderen Schadstoffen bei Elektrogeräten stark ein. Zudem müssen nach dem Elektroschrott-Gesetz alte Geräte fachgerecht recycelt werden. In der Regel neh-

men die örtlichen Müllentsorger und manche Händler die Geräte kostenlos entgegen. Viele Verbraucher nehmen ihre Pflicht jedoch nicht wahr und behandeln weiterhin vor allem Kleingeräte als Haushaltsabfall. Die Quecksilberbelastung durch falsch entsorgte Energiesparlampen beträgt nach Schätzung der Deutschen Umwelthilfe (DUH) 300 Kilogramm pro Jahr. Was die Lampen im Laufe ihres Lebens an Quecksilberemissionen durch Kohleverbrennung eingespart haben, wird so am Ende mit einem Schlag wieder freigesetzt.

### Rücknahmesystem vereinfachen

In Zukunft wird die Anzahl von Energiesparlampen und Leuchtröhren voraussichtlich stark zunehmen. Einige Hersteller bemühen sich jetzt darum, den Gehalt giftiger Stoffe zu verringern. Die RoHS-Richtlinie setzt eine Grenze von 5 mg Quecksilber pro Lampe. Ein Markenhersteller wirbt mit Energiesparlampen, die nur 1,4 mg enthalten. Auch langlebige Leuchten sind besser als Billigprodukte, weil dadurch insgesamt weniger Quecksilber benötigt wird.

Ohne einfaches Rücknahmesystem ist es für Verbraucher weiterhin schwer ihrer Pflicht nachzukommen, kleine Elektrogeräte und Energiesparlampen fachgerecht zu entsorgen, statt sie bequemerweise mit dem Restmüll abholen zu lassen. Dies ist keine Entschuldigung für den Energiesparer, der am Ende doch noch zum Umweltsünder wird, sondern eine Herausforderung für Hersteller, Händler und Politiker. ■

### • Weitere Informationen

Deutscher Naturschutzring (DNR),  
Quecksilberexperte Florian Noto, Berlin  
Tel. 030 / 443391-81, Fax -80  
eMail: florian.noto@dnr.de  
www.quecksilber.wordpress.com

Studie Müllverbrennung:  
[http://umwelt.schleswig-holstein.de/servlet/is/64759/Quecksilber-Studie\\_MVA.pdf](http://umwelt.schleswig-holstein.de/servlet/is/64759/Quecksilber-Studie_MVA.pdf)

[www.green-electronics.info](http://www.green-electronics.info)  
[www.lighting-a-greener-future.com](http://www.lighting-a-greener-future.com)

► Altlampen nehmen die örtlichen Müllentsorger an. Weitere Sammelstellen:  
[www.lightcycle.de](http://www.lightcycle.de)

## Stärkere Kontrollen bei Nanotechnologie verlangt

### BUND fordert Anwendung des Vorsorgeprinzips

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) hat eine stärkere Kontrolle der Nano-Technologie gefordert. Gesetzeslücken und Informationsdefizite seien für die Branche derzeit kennzeichnend, so der BUND. Die Einführung verpflichtender Sicherheitstests für Nano-Produkte vor der Vermarktung sei notwendig. Hierbei müsse der gesamte Produktionsprozess von der Herstellung bis zur Entsorgung geprüft werden. Ohne die Verbraucher umfassend über die Risiken zu informieren, dränge die Industrie massiv mit Nano-Produkten auf den Markt, kritisierte der Verband.

### Studien lassen Schäden bei Mensch und Natur befürchten

„Erste Studien weisen darauf hin, dass Nano-Partikel bei Menschen, Tieren und in der Umwelt große Schäden anrichten können“, sagte BUND-Vorstandsmitglied Helmut Horn. Als Nano-Partikel gelten Teilchen, die weniger als 100 Nanometer messen. Sie sind mehr als 500-fach kleiner als der Durchmesser eines Haares. Diese Kleinstteilchen sind in der Lage, körperliche Schutzmechanismen wie die Blut-Hirn-Schranke oder die Plazentaschranke zu überwinden. Einige Nano-Substanzen haben in Tierversuchen zu Hirn- und Lungenschäden geführt. Wilfried Kühling, Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats des BUND, schlägt eine gesetzliche Regelung, eigene Stoffklassen und eine Zusammenführung von Informationen sowie Daten für die Bewertung von Risiken vor. Weltweit werden inzwischen über 500 Alltagsprodukte wie Kosmetika, Kleidung, Lebensmittel und Elektroartikel verkauft, die Nano-Partikel enthalten. (ij) ■ ▼

### • Weitere Informationen

BUND-Chemikalienexpertin Patricia Cameron, Am Köllnischen Park 1,  
10179 Berlin  
Tel. 030 / 27586-426, Fax -449  
eMail: [presse@bund.net](mailto:presse@bund.net)  
[www.bund.net/lab/reddot2/aktuell\\_pressemitteilungen\\_6379.htm](http://www.bund.net/lab/reddot2/aktuell_pressemitteilungen_6379.htm)

<sup>1</sup> Restriction of the use of certain hazardous substances in electrical and electronic equipment - Beschränkung der Verwendung bestimmter gefährlicher Stoffe in Elektro- und Elektronikgeräten, Richtlinie 2002/95/EG.

## Strahlenschutzkonferenz: Grenzwerte sind unzureichend

### Neue Erkenntnisse zur Wirkung ionisierender Strahlung

Auf einer Strahlenschutzkonferenz im Juni in Berlin haben Wissenschaftler und Regierungsvertreter mehrerer europäischer Staaten die neue Grundsatzempfehlung der Internationalen Strahlenschutzkommission (ICRP) bewertet und aktuelle wissenschaftliche Erkenntnisse über strahlenbedingte Gesundheitsschäden diskutiert. So wirken ionisierende Strahlen möglicherweise stärker auf Menschen als bisher angenommen. Bundesumweltminister Gabriel forderte auf der Konferenz eine schnelle Umsetzung des neuen Wissens in das Strahlenschutzrecht und in die Praxis. Obwohl die bestehenden Strahlenschutzkonzepte nicht grundsätzlich in Frage zu stellen seien, müsse über Korrekturen nachgedacht werden.

### Auswirkungen auf die Gesundheit

Im Zentrum der Debatte standen Krebserkrankungen und die Strahlungsempfindlichkeit von Menschen. Die Strahlenempfindlichkeit scheint bei Frauen etwa doppelt so hoch zu sein wie bei Männern; bei Ungeborenen ist sie besonders hoch. Bei Kernkraftwerksarbeitern wurde eine erhöhte Krebsrate bereits bei Beruf-Lebenszeit-Dosen beobachtet, die mit den derzeit geltenden Grenzwerten verträglich sind. Eine Senkung der Grenzwerte müsse dringend geprüft werden. Das radonbedingte Lungenkrebsrisiko in Wohnungen erhöht sich Experten zufolge bei einem Anstieg um 100 Becquerel pro Kubikmeter ( $\text{Bq}/\text{m}^3$ ) um rund acht Prozent. Es bestehe dringender Handlungsbedarf die Radonexposition zu senken, da jährlich etwa 1.800 Menschen in Deutschland an Radon sterben.

### Kompetenzverbund soll entstehen

Mit der Gründung eines „Kompetenzverbundes Strahlenforschung“ in Deutschland soll die Kooperation zwischen Forschungszentren und Hochschulen gewährleistet und wissenschaftlichen Nachwuchs gefördert werden. (ij) ■

### • Weitere Informationen

Bundesumweltministerium (BMU),  
Alexanderstr. 3, 10178 Berlin  
Tel. 030 / 18305-0, Fax -4375  
eMail: [presse@bmu.bund.de](mailto:presse@bmu.bund.de)  
[www.bmu.de](http://www.bmu.de)

## Deutschland bereitet Weg für „saubere Busse“

### Rußpartikelfilter nun auch für schwere Nutzfahrzeuge

Der Bundesrat hat Mitte Mai einen Schritt in Richtung rußfreie Nutzfahrzeuge getan: Im Rahmen der „Dreißigsten Verordnung zur Änderung der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung“ legte die Länderkammer die technischen Anforderungen an Partikelminderungssystemen für Nutzfahrzeuge sowie die technische Definition von so genannten „Partikelminderungsklassen“ fest. Damit ist aus Sicht der Deutschen Umwelthilfe (DUH) der Weg frei für die Nachrüstung von Nutzfahrzeugen mit Dieselpartikelfiltern. Allerdings müsse die Bundesregierung nun schnell den zweiten Schritt tun und eine wirksame Nachrüstkostenerstattung für Busse und andere Nutzfahrzeuge verabschieden.

### Höhere Steuern für Busse ohne Filter sollen Nachrüstung finanzieren

Für Pkw existiert ein solches Förderprogramm bereits seit April. Wer sich einen Partikelfilter einbauen lässt, bekommt vom Staat 330 Euro. Aber für Busse und Nutzfahrzeuge unter 12,5 Tonnen gibt es bislang keine Anreize bei der Partikelfilterung. Diese schweren Fahrzeuge sollten einen höheren Zuschuss erhalten, weil auch die Partikelfilter komplexer und teurer seien, so die DUH. Zur Finanzierung schlägt die DUH ein Bonus-Malus-System vor: Betreiber von Nutzfahrzeugen ohne Filter sollen höhere Steuern zahlen.

Andere Länder gehen Deutschland mit gutem Beispiel voraus: So wird in den Niederlanden, Kalifornien oder Japan seit Jahren die Nachrüstung sowohl von Dieselpkw als auch von Nutzfahrzeugen gefördert. (mbu) ■

### • Weitere Informationen

Deutsche Umwelthilfe (DUH), Gerd Rosenkranz, Hackescher Markt 4, 10178 Berlin  
Tel. 030 / 258986-0, Fax -19  
eMail: [rosenkranz@duh.de](mailto:rosenkranz@duh.de)  
[www.duh.de](http://www.duh.de)

## Kurzmeldungen

### DUH: Illegale Müllentsorgung schadet „Exportweltmeister Deutschland“

Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) hat Ende Juni falsch deklariertem Elektroschrott im Hamburger Hafen gefunden. Dieser werde als „Handelsware“ nach Asien verschoben, so die DUH. Kleinbusse und Pkw mit Müll und alten, teilweise FCKW-haltigen Kühlschränken gingen nach Afrika. Die DUH sprach von „rücksichtslosem Fehlverhalten Deutschlands“. Von jährlich drei Millionen abgemeldeten Fahrzeugen würden zwei Millionen mit unbekanntem Ziel exportiert. Die Bundesregierung müsse die illegalen Exporte unterbinden, sonst bekomme der Ruf Deutschlands als „Exportweltmeister“ einen „unappetitlichen Klang“, forderte die Organisation. (jg)  
Quelle: [www.duh.de](http://www.duh.de) (20.06.07)

### Kein Giftmüllimport aus Australien

Mitte Juni ist der geplante Import von 22.000 Tonnen Hexachlorbenzol-haltiger Abfälle aus Australien nach Deutschland gestoppt worden. Der Sondermüll sollte in Brunsbüttel und Herten sowie in Bayer-Müllöfen in Dormagen und Leverkusen verbrannt werden. Der BUND, die Koordination gegen Bayer-Gefahren und Initiativen aus Herten hatten den Protest gegen den drohenden Import initiiert. Auch die CDU-Umweltminister von Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen, von Boetticher und Uhlenberg, hatten die Einfuhr abgelehnt, weil diese gegen das Basler Abkommen verstießen. (jg)  
Quelle: [www.cbgnetwork.de/1757.html](http://www.cbgnetwork.de/1757.html)

### Proteste wegen Kohlenmonoxid-Pipeline durch Wohnsiedlungen

Der Chemiekonzern Bayer lässt derzeit eine Kohlenmonoxid-Pipeline zwischen den Standorten Dormagen und Uerdingen (NRW) verlegen. Umweltverbände, Anwohner und der Bürgermeister von Monheim kritisieren das Bauvorhaben, das teilweise dicht besiedelte Gebiete betrifft. Von dem geruchsneutralen und tödlich giftigen Gas gehe eine große Gefahr für Mensch und Natur aus, so die Kritiker. Die einwandige Leitung stelle zudem ein Sicherheitsrisiko dar. Erst die Verabschiedung eines Sondergesetzes durch die Landesregierung in Düsseldorf hatte den Bau der Trasse ermöglicht. (ij)

• Coordination gegen Bayer-Gefahren, Düsseldorf, Tel. 0211 / 333911, [www.cbgnetwork.org](http://www.cbgnetwork.org)

## Klimaschutz und Ernährung

### Die Bedeutung der Landwirtschaft wird in der Klimadebatte unterschätzt

Interview mit Dr. Karl von Koerber, Ernährungsexperte

### Herr von Koerber, beim Klimawandel denken die meisten an Industrie, Auto- und Luftverkehr. Welche Rolle spielen Ernährung und Landwirtschaft?

Dr. Karl von Koerber: Eine große. Immerhin verbraucht unsere Ernährung in Deutschland etwa ein Fünftel der Gesamtenergie und trägt in dieser Größenordnung auch zum Treibhauseffekt bei. Die Hälfte dieser Treibhausgas-Emissionen geht auf das Konto der Landwirtschaft. Die Produktion tierischer Lebensmittel ist deutlich energieaufwändiger und damit klimabelastender als die Erzeugung pflanzlicher Lebensmittel.

### Wie sollte ein klimafreundlicher Speiseplan aussehen?

Durch eine deutliche Bevorzugung pflanzlicher Lebensmittel und damit eine bewusste Reduzierung des Anteils von Fleisch, Milchprodukten und Eiern kann jeder schon sehr viel für den Klimaschutz tun. Denn auf dem Weg vom Tierfutter bis zum Stück Fleisch oder Käse gehen durch die „Veredelungsverluste“ 65 bis 90 Prozent der im Futter enthaltenen Nahrungsenergie verloren. Folglich werden dafür große Mengen an Futtermitteln gebraucht, was vor allem durch die sehr energieaufwändige chemische Synthese der mineralischen Düngemittel hohe Treibhausgas-Emissionen verursacht. Die Veredelungsverluste stellen auch angesichts der Welthungersituation eine nicht zu verantwortende Ressourcenverschwendung dar.

### Wie wollen Sie den geringeren Verzehr tierischer Lebensmittel in Ländern vermitteln, die erst dabei sind sich etwas Wohlstand zu erwirtschaften?

Das geht nur über ein gutes Vorbild. Umso wichtiger ist es, dass wir in der westlichen Welt schnell umdenken. Während wir hier unseren Fleisch- und Käsekonsum reduzieren sollten, ist es wichtig, alles dafür zu tun, dass die stark wachsenden Bevölkerungen in China und Indien erst gar nicht mit einem verstärkten Fleisch- und Käsekonsum beginnen. Das ist natürlich für Schwellenländer mit wachsendem Wohlstand eine große Herausforderung.

Hier muss die Politik gute Wege finden, die bestehende Esskultur, die oft traditionell fleischarm ist, zu bewahren.

### Wird denn die westliche Welt ihrer Vorbildfunktion gerecht?

Nein bisher nicht. In Deutschland propagieren aktuell Agrarpolitiker und auch Funktionäre statt einer Änderung der Ernährungsweisen eine neue Intensitätssteigerung in der Landwirtschaft. Dies bedeutet eine Forcierung der Massenproduktion. Auch die deutsche Exportwirtschaft prescht vor. So wird der asiatische Markt gerade für deutschen Käse und andere Milchprodukte erobert. Das ist aber eine Sackgasse. Denn so wird erst ein neuer klimaschädlicher Bedarf in den Schwellenländern geschaffen. Stattdessen brauchen wir einen Bewusstseinswandel und globale Verantwortung. Und statt einer umweltschädlichen Intensivierung auf dem hiesigen Acker und einer ethisch bedenklichen Massentierhaltung sollte lieber der Biolandbau als echte Alternative auch für den Klimaschutz vorangebracht werden. Für das Ernährungs-Motto „weniger ist mehr“ sprechen auch die Folgekosten ernährungsabhängiger Krankheiten. Diese belaufen sich in Deutschland auf über 70 Mrd. Euro pro Jahr - das ist etwa ein Drittel der Gesamtausgaben im Gesundheitswesen. Ein immenser volkswirtschaftlicher Faktor.

### Kann denn der Biolandbau überhaupt einen Beitrag zum Klimaschutz leisten - und das weltweit?

Die FAO hat erst kürzlich die globale Vorzüglichkeit des Biolandbaus nicht nur für den Klimaschutz, sondern auch für die Welternährung herausgestellt. Ein Positivfaktor ist dabei der stark reduzierte Energieeinsatz. Dabei spielt der Verzicht auf energieaufwändige mineralische Stickstoffdünger eine große Rolle. Ein weiterer Pluspunkt ist die Kohlenstoffspeicherung im Humus. Über Humusaufbau wird nicht nur die Bodenstruktur verbessert, sondern es können auch große Mengen CO<sub>2</sub> gebunden werden.

### Sind regionale und saisonale Produkte aus Klimaschutzgründen vorzuziehen?

Die Klimabelastung durch Lebensmitteltransporte hängt von der zurückgelegten Strecke und dem verwendeten Transportmittel ab. LKWs stoßen deutlich mehr Treibhausgase aus als die Bahn. Flugtransporte von Waren aus Übersee sind extrem klimaschädlich, sie belasten die

Atmosphäre mehrere Hundert Mal stärker als solche mit Hochseeschiffen.

Insgesamt lassen sich keine pauschalen Aussagen zur Umweltrelevanz regionaler Erzeugnisse treffen. Beispielsweise ist der Transport kleiner Gütermengen mit kleinen Lieferwagen oder PKWs wenig effizient. Regionale Lebensmittel haben jedoch das Potenzial, Energie und damit Treibhausgas-Emissionen einzusparen. Dieses muss in vielen Fällen durch effiziente Vermarktungsstrukturen und erhöhte Nachfrage noch erschlossen werden. Saisonales Gemüse und Obst aus dem Freiland ist weniger klimabelastend als ihre Erzeugung in beheizten Treibhäusern oder Folientunneln. Deren klimaschädliche Emissionen liegen bis zu 30-mal höher.

### Was empfehlen Sie konkret den Verbrauchern?

Sich mehr mit seiner Ernährung und den Folgen auseinanderzusetzen. Die Art der Ernährung entscheidet wesentlich mit über die Zukunft unseres Planeten. Mehr Wissen, mehr öffentliche Auseinandersetzung darüber und mehr Transparenz zum Produkt sind notwendig. Nur dann wird sich auch die Politik bewegen.

Für den Konsum tierischer Erzeugnisse empfehle ich „Bio statt Massenware“ nach dem Motto „weniger ist mehr“. Auch bei pflanzlichen Lebensmitteln ist Bio die klimaschonende Alternative. Und wieder mehr frische, gering verarbeitete Produkte aus der Region und der jeweiligen Saison in die Küche holen. Tiefkühlpommes verursachen z. B. eine 23-mal stärkere CO<sub>2</sub>-Belastung als frische Kartoffeln. ■ ▼

Interview: Gerald Wehde, Bioland

### • Weitere Informationen

Dr. Karl von Koerber, Beratungsbüro für Ernährungsökologie (BfEÖ), Entenbachstr. 37, 81541 München  
Tel. 089 / 651021-31, Fax -32  
eMail: koerber@bfeoe.de  
www.bfeoe.de

Quelle: PresseForum BioBranche  
www.pfbb.de

## Nationales Energiekonzept soll im Herbst vorliegen

### Bundesregierung bestätigt ihr Ziel 40 Prozent CO<sub>2</sub> bis 2020 einzusparen

Obwohl der Energiegipfel Anfang Juli im Kanzleramt keine konkreten Beschlüsse gebracht hat, will die Bundesregierung ihre klimapolitischen Ziele weiter verfolgen. In den kommenden 13 Jahren soll nach dem Willen von Bundeskanzlerin Angela Merkel der Kohlendioxid ausstoß in Deutschland um 40 Prozent reduziert werden. Die „ambitionierten Ziele“ der EU zur Begrenzung der Erderwärmung seien ein „nicht veränderbarer Bestandteil unserer zukünftigen Energiepolitik“. Der Klimaschutz werde am Schluss allen nützen und zu einer sicheren Zukunft führen, so Merkel.

### Drei Prozent mehr Energieeffizienz pro Jahr, KWK und Gebäudesanierung

Die jährlich um drei Prozent steigende Energieeffizienz nannte Merkel als eine Maßnahme für den Klimaschutz. Auf dieser Grundlage sollen Umweltminister Gabriel und Wirtschaftsminister Glos bis zum Herbst Maßnahmen für das nationale Energiekonzept erarbeiten. Auch die Gebäudesanierung und die Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) sollen in das Konzept aufgenommen werden. Gabriel versprach, dass das Konzept vor der UN-Klimafolgenkonferenz im Dezember auf Bali (Indonesien) auf dem Tisch liegt, um zu beweisen, dass Deutschland beim Klimaschutz vorangeht.

Der Verband der Elektrizitätswirtschaft hatte die Steigerung der Energieeffizienz als unrealistisch bezeichnet. Wegen dieser Zweifel habe man einen „permanenten Monitoringprozess“ ab 2010 vereinbart, sagte die Kanzlerin. Gegen die Pläne der Großen Koalition, die CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2020 um bis zu 40 Prozent zu senken, äußerten die Stromkonzerne Bedenken. So prognostizierte Vattenfall „tendenziell steigende Preise“ für Verbraucher/innen.

### Verbraucherzentralen fordern Gesetze zum Energiesparen

Der Verbraucherzentralen-Bundesverband (vzbv) forderte klare politische Rahmenbedingungen für die Zukunft des Energiemarktes. Mit Förderprogrammen und Informationen sei es nicht getan, sagte die Vorsitzende des Dachverbandes Edda Müller. Sie forderte auch gesetzliche Vorgaben und Verbote. So müssten ineffi-

ziente Elektrogeräte verbannt und überflüssiger Standby-Betrieb verboten werden. Für Kraftfahrzeuge müsse ein Höchstverbrauchswert festgelegt, für Gebäude das Passivhaus zum obligatorischen Maßstab von Neubauten werden. Bei der Sanierung von Altbauten soll nach dem Willen des vzbv künftig gelten, dass Mieter weniger zahlen, wenn die Standards nicht eingehalten werden.

### Erneuerbare-Energien-Branche entwickelt Kombikraftwerk

Der Bundesverband Erneuerbare Energien (BEE) und die Deutsche Umwelthilfe (DUH) hatten unmittelbar vor dem Energiegipfel Zahlen präsentiert, wonach die meisten Atom- und Kohlekraftwerke durch Erneuerbare Energien ersetzt werden könnten. Wenn deren Anteil am Primärenergieverbrauch 20 Prozent betrage und die Energieeffizienz um 20 Prozent steige, ließen sich 2020 jährlich rund 250 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> einsparen. Deutschland müsste weniger Energie importieren, was 16 Milliarden Euro weniger Ausgaben bedeutete. Auf der Einnahmenseite kämen 3,3 Milliarden durch den Emissionshandel hinzu. Die Erneuerbare-Energien-Branche arbeitet derzeit an der Entwicklung eines regenerativen Kombikraftwerks. Dort sollen je nach Angebot Wind, Sonne, Biogas und Wasser genutzt werden. (mbu) ■ ▼

#### • Weitere Informationen

Bundesverband Erneuerbare Energien (BEE), Teichweg 6, 33100 Paderborn  
Tel. 05252 / 939800  
eMail: [info@bee-ev.de](mailto:info@bee-ev.de)  
[www.bee-ev.de](http://www.bee-ev.de)

Deutsche Umwelthilfe (DUH), Fritz-Reichle-Ring 4, 78315 Radolfzell  
Tel. 07732 / 9995-0, Fax -77  
eMail: [info@duh.de](mailto:info@duh.de)  
[www.duh.de](http://www.duh.de)

Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv), Markgrafenstr. 66, 10969 Berlin  
Tel. 030 / 25800-0, Fax -518  
eMail: [info@vzbv.de](mailto:info@vzbv.de)  
[www.vzbv.de](http://www.vzbv.de)

## Bundestag beschließt Regeln für künftigen Emissionshandel

### Weniger CO<sub>2</sub>-Ausstoß erlaubt - Neun Prozent der Zertifikate kosten etwas

Ab 2008 darf die deutsche Industrie höchstens 453,1 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> pro Jahr in die Luft pusten, 57 Millionen Tonnen weniger als in den Jahren von 2005 bis 2007. Das sieht das Gesetz zum Emissionshandel in den Jahren 2008 bis 2012 vor, das der Bundestag im Juni beschlossen hat. Außerdem sollen zehn Prozent der Zertifikate nicht mehr kostenlos zugeteilt, sondern an die Stromerzeuger verkauft oder versteigert werden.

Mit dem Gesetz werde sichergestellt, dass Deutschland bis 2012 seine Verpflichtungen aus dem Kyoto-Protokoll erfülle, sagte Bundesumweltminister Sigmar Gabriel. Die Forderung des Bundesrates nach einer Besserstellung der Braunkohle sei in dem Gesetz nicht berücksichtigt worden. Das würde eine einseitige Umverteilung zugunsten eines Energieversorgers zu Lasten aller anderen bedeuten, so der Minister. Das Gesetz trat Anfang August in Kraft, nachdem die Kohleländer mit einem letzten Versuch scheiterten, die neuen Regelungen noch im Bundesrat aufzuhalten.

### Umweltorganisationen kritisieren Kohle-Privilegierung

Den Umweltverbänden ist das Gesetz zu kohlefreundlich. Noch immer würden die besonders schädlichen Braunkohlekraftwerke bevorzugt, indem bei ihnen mit einer um 10 Prozent längeren Betriebsdauer gerechnet werde, kritisierte der BUND. Auch der WWF hält das Gesetz noch für zu schwach für einen effektiven Klimaschutz. Es berge die Gefahr, dass ein Boom für neue Kohlekraftwerke entstehe. Laut Bundestagsbeschluss dürfen Kohlekraftwerke mit 750 Gramm pro Kilowattstunde fast doppelt so viel CO<sub>2</sub> ausstoßen wie neue Gaskraftwerke (365 Gramm). (mbu) ■ ▼

#### • Weitere Informationen

BUND, Energiereferent Thorben Becker, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin  
Tel. 030 / 275864-421, Fax -440  
eMail: [thorben.becker@bund.net](mailto:thorben.becker@bund.net)  
[www.bund.net](http://www.bund.net)

## Zuverlässigkeit von Vattenfall in Frage gestellt

### Konzern verschwieg meldepflichtige Vorfälle - AKWs gingen vom Netz

Das Atomkraftwerk Krümmel in Schleswig-Holstein ist seit Anfang Juli außer Betrieb. In der Woche davor brannte es im Reaktorgebäude, wobei ein Transformator zerstört wurde. Der Betreiber Vattenfall hatte bis zur Überprüfung durch Experten u. a. des TÜV-Nord und der Reaktorsicherheit behauptet, der Atomreaktor selbst sei von dem Brand nicht betroffen gewesen. Außerdem wurde das für die Aufsicht zuständige Sozialministerium in Kiel nach eigenen Angaben zu spät vom Energiekonzern informiert. Die Öffentlichkeit erfuhr noch später von den technischen Pannen.

### Kiel prüft Entzug der Betriebserlaubnis - BMU nimmt Heft in die Hand

Aufgrund der mangelhaften Informationspolitik und der zahlreichen Zwischenfälle auch im nicht weit entfernten AKW Brunsbüttel gab es im Juli Krisengespräche mit der zuständigen schleswig-holsteinischen Sozialministerin und dem Bundesumweltministerium (BMU). Vattenfall entließ Atom-Geschäftsführer Bruno Thomauske und versprach, künftig meldepflichtige Ereignisse sofort im Internet zu veröffentlichen. Doch auch der Rücktritt von Vattenfall-Europe-Chef Klaus Rauscher kurze Zeit später konnte nicht verhindern, dass die Ministerien die Betriebserlaubnis für das AKW Krümmel in Frage stellten. Wenn eine Genehmigungsvoraussetzung weggefallen ist und nicht in angemessener Zeit Abhilfe geschaffen wird, kann die Erlaubnis entzogen werden. Weil eine „besondere, auch sicherheitstechnische Bedeutung“ vorliegt, kann Krümmel ohne Zustimmung des BMU nicht wieder ans Netz gehen.

### Atomkraftgegner fordern sofortige Stilllegung der riskanten Reaktoren

Der Bundestags-Umweltausschuss forderte nach den umfangreichen Störungen in Krümmel genaue Aufklärung und einen Bericht der Bundesregierung. Der energiepolitische Sprecher der Grünen im Bundestag Hans-Josef Fell kritisierte auch das BMU als oberste Aufsichtsbehörde. Minister Gabriel habe diese Aufgabe vernachlässigt. Der Umweltverband BUND hält Vattenfall für nicht glaubwürdig. Brunsbüttel und Krümmel müssten sofort stillgelegt werden. Die Ärzteorganisation IPPNW sieht in zwölf deutschen Atommei-

lern ein erhöhtes Risiko für Brände im Reaktorraum, weil sich dort große Ölbehälter befänden. Neben den Siedewasserreaktoren Krümmel und Brunsbüttel seien davon auch Philippsburg 1 (Baden-Württemberg), Gundremmingen B und C, Isar 1 (Bayern) sowie die Druckwasserreaktoren Biblis B (Hessen), Unterweser (Niedersachsen), Neckarwestheim 1 (Baden-Württemberg), Grohnde (Niedersachsen), Brokdorf (Schleswig-Holstein) und Philippsburg 2 betroffen.

### Keine Laufzeitverlängerung

Trotz der zahlreichen Störfälle und der offensichtlich labilen Sicherheit seiner Kernkraftwerke hatte Vattenfall vor den bekannt gewordenen Pannen beim BMU eine Laufzeitverlängerung für Brunsbüttel beantragt. Dafür sollten nach dem Wunsch des Konzerns Strommengen von Krümmel oder dem nie ans Netz gegangenen AKW Mülheim-Kärlich (Rheinland-Pfalz) auf Brunsbüttel übertragen werden. Beide Anfragen lehnte das Ministerium mittlerweile ab.

### Kunden wenden sich ab

Mittlerweile kämpft der Konzern mit Kundenflucht. Bereits vor dem Brand in Krümmel sank Vattenfalls Stromabsatz - bei Vertriebskunden um rund neun Prozent. Nach der Preiserhöhung am 1. Juni wurden noch einmal bis zu 7,5 Prozent Kundenverlust gemeldet. Dennoch stieg der Umsatz gegenüber dem Vorjahr um 12,5 Prozent, was vor allem auf den gesteigerten Absatz von Regenerativstrom zurückzuführen war. (mbu, mb) ■ ▼

### • Weitere Informationen

Bundesumweltministerium (BMU), Alexanderplatz 6, 10178 Berlin  
Tel. 01888 / 305-2010, Fax -2016  
eMail: presse@bmu.bund.de  
www.bmu.de

BUND, Energiereferent Thorben Becker, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin  
Tel. 030 / 275864-421, Fax -440  
eMail: thorben.becker@bund.net  
www.bund-gegen-atomkraft.de

Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs (IPPNW), Körtestr. 10, 10967 Berlin  
Tel. 030 / 69874-0  
eMail: kontakt@ippnw.de  
www.ippnw.de

## Unterirdische CO<sub>2</sub>-Speicherung in Deutschland beginnt

### Testanlage in Brandenburg wird bis 2009 erprobt

In Ketzin (Brandenburg) sind Mitte Juni die ersten Anlagen eines CO<sub>2</sub>-Speichers in Betrieb gegangen. Im Rahmen des EU-Pilotprojekts „CO<sub>2</sub>SINK“ soll dort ab dem Herbst das Treibhausgas unterirdisch gespeichert werden. Zuvor hatten Techniker des Geoforschungszentrums Potsdam ein Loch in über 800 Meter Tiefe gebohrt. Bis 2009 sollen 60.000 Tonnen Kohlendioxid in die Testanlage gepumpt werden.

Über zwei weitere Bohrlöcher wollen die Forscher messen, wie sich gelöstes CO<sub>2</sub> in der Tiefe verhält. Laut GFZ soll geprüft werden, ob die Lagerstätte dicht und sicher ist. Man gehe davon aus, dass „so gut wie nichts“ aus dem unterirdischen Reservoir entweiche. Dafür spreche auch, dass in 250 bis 400 Meter Tiefe unter Ketzin jahrzehntelang große Mengen russisches Erdgas in ähnlichen Gesteinsschichten zwischengelagert worden seien.

### Umweltverbände: Teuer und gefährlich

Der BUND, Greenpeace, Robin Wood und die Grüne Liga forderten dagegen einen alternativen Ausstieg aus der klimaschädlichen Braunkohleverstromung. Es sei ungeklärt, ob die kostenintensive Speicherung überhaupt funktioniere und betriebswirtschaftlich sinnvoll sei, kritisierte der BUND. Maximal 70 Prozent der CO<sub>2</sub>-Emissionen eines Kraftwerkes ließen sich isolieren. Der Aufwand für die Technologie, die voraussichtlich nicht vor 2020 einsatzbereit sei, könne die Strompreise deutlich in die Höhe treiben. Außerdem könne Kohlendioxid in Konzentrationen ab fünf Prozent in der Atemluft für Menschen gefährlich werden. Ab acht Prozent trete nach 30 bis 60 Minuten der Tod ein. (mbu) ■ ▼

### • Weitere Informationen

BUND, Energiereferent Thorben Becker, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin  
Tel. 030 / 275864-421, Fax -440  
eMail: thorben.becker@bund.net  
www.bund.net

Siehe auch EUR Sonderheft II/2007, S. 20ff  
www.dnr.de/publikationen/eur/archiv/eur07-ii.pdf

## Kurzmeldungen

### Deutscher Gründerpreis für Schönauer Stromrebell

Die „Stromrebell“ aus Schönau im Schwarzwald haben den Deutschen Gründerpreis, Kategorie Sonderpreis, erhalten. Die bedeutendste Auszeichnung für herausragende Unternehmer in Deutschland wurde Ende Juni an das Ehepaar Ursula und Michael Sladek vergeben. Die beiden hätten, so die Jury, „aus einer Bürgerinitiative ein ökonomisch erfolgreiches Unternehmen aufgebaut.“ Die Elektrizitätswerke Schönau (EWS) haben bundesweit inzwischen fast 50.000 Kunden und einen jährlichen Umsatz von 24 Millionen Euro. Das Unternehmen, das vor zehn Jahren von Schönauer Bürger/innen gegründet wurde, verfolge „die Vision, die gesamte Energieversorgung ökologisch auszurichten und auf dezentrale, sparsame und lokal verankerte Strukturen umzustellen“, hieß es bei der Preisverleihung. Der Gründerpreis wird von der Zeitschrift Stern, den Sparkassen, dem ZDF und der Firma Porsche mit Unterstützung des Bundeswirtschaftsministeriums vergeben. (mbu)

● Elektrizitätswerke Schönau, Tel. 07673 / 88850, eMail: [info@ews-schoenau.de](mailto:info@ews-schoenau.de), [www.ews-schoenau.de](http://www.ews-schoenau.de)

■

## Lesenswert

### DNR-Tagungsdokumentation: Erneuerbare Energien und Naturschutz

Mit der Nutzung der erneuerbaren Energien sind zwangsläufig Auswirkungen auf den Naturhaushalt verbunden. Vor allem wegen des meist großen Flächenbedarfs sind erhebliche Beeinträchtigungen zu erwarten: Flächenkonkurrenz, Intensivierung, Biotopverlust, Änderungen im Landschaftsbild. Erneuerbare Energien tendieren aus wirtschaftlichen Gründen zu Intensivierung, Großtechnologie und Konzentration und berücksichtigen dabei zum Teil nicht die - eigentlich impliziten - Anforderungen an einen schonenden Umgang mit Natur, Landschaft und Biodiversität. Dennoch müssen die erneuerbaren Energien entwickelt, eingesetzt und verstärkt werden, denn die klassischen gehen unabänderlich zur Neige und ihre ungebremste Nutzung erzeugt immense Probleme. In diesem Spannungsfeld bewegten sich die Beiträge von Vertretern der DNR-Naturschutzverbände und verschiedener Naturschutzbehörden von der Bundesebene bis zum Regierungsbezirk bei einer Tagung am 13. Juni in Kassel. Die Referate und Grundlagenpapiere aus diesem Fachgespräch mit Vertretern der Länderarbeitsgemeinschaft Naturschutz und Landschaftspflege (LANA) sind jetzt vom DNR als Dokumentationsbroschüre herausgegeben worden. Behandelt werden die Themen

- Erneuerbare Energien und Biodiversität
- Verhältnis von Naturschutz und Klimaschutz
- Biomasseanbau aus Sicht von Naturschutz und Landschaftspflege
- Internationale Bezüge der Biomasseproduktion
- Windenergie und Infrastruktur
- Wasserkraftnutzung aus biologischer Sicht

(mb)

DNR (Hrsg.): Erneuerbare Energien und Naturschutz, Bonn 2007, 72 S., kostenlos; Download (PDF, 280 kB + Anhang 2,5 MB): [www.dnr.de/publikationen/dr/archiv.php](http://www.dnr.de/publikationen/dr/archiv.php)

### Faltblattserie: Verträgliche Nutzung Erneuerbarer Energien

Mit einer Reihe neuer Faltblätter will der NABU darüber informieren, wie vielseitig die Erneuerbaren Energien sind und was sie leisten können. Die Flyer sind gut geeignet, Menschen vor Ort über eine natur-

verträgliche Gestaltung z. B. von Windkraftanlagen oder Biomassekraftwerken aufzuklären. Die Faltblätter können kostenlos beim NABU bestellt oder aus dem Internet heruntergeladen werden. (mb)

Flyer: Biomasse, Geothermie, Solarenergie, Wasserkraft, Windkraft; Bezug: NABU, Berlin, Tel. 030 / 284984-0, Fax -84, Download (PDFs, je ca. 500 kB): [www.nabu.de/m07/m07\\_05/06715.html](http://www.nabu.de/m07/m07_05/06715.html)

### Studie: Einstellungen zu Offshore-Windparks in der Region

Das Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) hat eine Fallstudie über Befürworter und Gegner der Offshore-Windkraft an der Westküste Schleswig-Holsteins veröffentlicht. Die Analyse der Stellungnahmen unterschiedlicher Interessenvertreter belegt, dass auf örtlicher Ebene eine generelle Zustimmung zur Windenergie häufig einhergeht mit Bedenken gegen einzelne Aspekte der Offshore-Windkraft. Die Autorin beschreibt dies als Argumentation nach dem St.-Florians- oder NIMBY-Prinzip („Not In My Backyard“). Das heißt: Energiegewinnung durch Offshore-Anlagen ja, aber bitte nicht direkt vor meiner Haustür. (mbu)

Kira Gee: „Nicht vor meiner Küste“, WZB-Mitteilungen 116, Juni 2007, S. 36 (PDF, 3 S., 80 kB): [www.wz-berlin.de/publikation/pdf/wm116/36-38.pdf](http://www.wz-berlin.de/publikation/pdf/wm116/36-38.pdf)

■ ▼

## Was kosten neue Baugebiete?

### Studie untersucht fiskalisch beste Baulandstrategie für Kommunen

Neue Baugebiete zur Sanierung kommunaler Kassen auszuweisen ist eine gefährlich - selbst in Wachstumsregionen. Das ergab eine Untersuchung des der Verbandes Region Stuttgart.

### Laufende Kosten häufig unterschätzt

Die Gegenüberstellung der Kosten für die Ausweisung neuer Baugebiete und ihres Nutzens soll „Entscheidungsträger sensibilisieren“. Denn, so die Experten, zu Buche schlugen weniger die einmaligen Erschließungskosten, sondern die laufenden Kosten für Straßenbeleuchtung, öffentliches Grün, Reinigung, Winterdienst oder Kindergärten, Schulen und Sportplätze. Die Einnahmen würden meist überschätzt.

Die Studie hat das Stuttgarter Büro Ökon-sult mit der Stadt Marbach am Neckar und der Gemeinde Wäschenbeuren erstellt. Diese gelten als repräsentativ für die Region Stuttgart. Ausgangspunkt waren drei Szenarien des demografischen Wandels, denen die amtliche Bevölkerungsprognose bis 2050 zugrunde lag.

### Kommunen planen am besten nach „Nullwachstums“-Szenario

Obwohl die Kommunen einige Rahmenbedingungen kaum beeinflussen können, haben sie ihre Situation durch baupolitische Entscheidungen weitgehend in der Hand, so die Studie. Neue Wohnungen und Häuser sollten vorrangig in Ortskernen entstehen. Neubaugebiete sollten nicht oder nur schrittweise erschlossen werden. Sonst wachse die Infrastruktur, sei aber nicht ausgelastet, weil sogar in Wachstumsregionen die Bevölkerungszahl bald stagnieren oder zurückgehen werde. Das Szenario „Nullwachstum“ zeige langfristig die weitaus geringeren Defizite in den Kommunalhaushalten. (mb) ■

### • Weitere Informationen

Stefan Flaig, Ökon-sult GbR, Gerberstr. 9, 70178 Stuttgart  
Tel. 0711 / 674474-77, Fax -66  
eMail: [flaig@oekonsult-stuttgart.de](mailto:flaig@oekonsult-stuttgart.de)  
[www.oekonsult-stuttgart.de](http://www.oekonsult-stuttgart.de)

Studie: „Neubaugebiete und demografische Entwicklung“, Stuttgart 2007  
[www.region-stuttgart.org/vrs/main.jsp?navid=162](http://www.region-stuttgart.org/vrs/main.jsp?navid=162)

## Kurzmeldungen

### Abgeordnete müssen Einkünfte offenlegen - Verbände begrüßen Urteil

Mehrere Nichtregierungsorganisationen haben die knappe Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts begrüßt, der Klage gegen das Abgeordnetengesetz und die damit verbundenen Verhaltensregeln nicht stattzugeben. BUND, Germanwatch, Campact, Foodwatch, LobbyControl, Mehr Demokratie und Transparency Deutschland sehen mit der Entscheidung die Hürden zur Fortentwicklung des Abgeordnetengesetzes beseitigt. Das Bundesverfassungsgericht habe bestätigt, dass das neu gefasste Abgeordnetengesetz dem Grundgesetz entspricht. Nun könne z. B. nachverfolgt werden, ob Abgeordnete, die sich gegen Klimaschutz aussprechen, Gelder von Energie- oder Verkehrskonzernen erhalten, oder ob Abgeordnete, die den Einsatz für Ernährungssicherheit behindern, Einkommen von Agrarkonzernen beziehen. (mb)  
Germanwatch, Tel. 030 / 28883560,  
[www.germanwatch.org/presse/2007-07-04.htm](http://www.germanwatch.org/presse/2007-07-04.htm)

### Rat für Nachhaltige Entwicklung ohne entwicklungspolitische Experten

Bei der Neubesetzung des Rates für Nachhaltige Entwicklung im Mai hat die Bundeskanzlerin keine entwicklungspolitischen Experten berufen. Dagegen protestierten die Vorsitzenden des entwicklungspolitischen Dachverbandes Venro, Dr. Claudia Warning, und von Germanwatch, Klaus Milke, mit einem Schreiben an Angela Merkel. „Jenseits der unbestrittenen Expertise aller nominierten Mitglieder geht von der aktuellen Besetzung unserer Meinung nach eine falsche Signalwirkung aus, wenn eine Nachhaltigkeitsstrategie für Deutschland ‚nur‘ unter Umweltexperten und Wirtschaft diskutiert wird“, schrieben die Verbände. Dies sei ein Rückschritt gegenüber dem Status Quo, da bislang wenigstens ein entwicklungspolitischer Experte vertreten gewesen sei. (mb)  
Venro, Bonn, Tel. 0228 / 946770; Brief (PDF, 30 kB): [www.germanwatch.org/pubdiv/rne07brief.pdf](http://www.germanwatch.org/pubdiv/rne07brief.pdf)

### Förderpreise für Umweltjournalismus verliehen

Im Juni erhielten in München zwei Journalisten den Förderpreis der Gregor-Louisoder-Umweltstiftung für besonders engagierte Beiträge zu Umweltthemen. Die Jury

wählte Harald Schumann und Jens Voigt aus. Voigt studierte Journalistik in Leipzig und ist seit 2000 Mitarbeiter beim „Freien Wort“ im südthüringischen Suhl. Den Förderpreis erhält er vor allem für seine Beiträge zur Abwassereinleitung aus dem Kaliabbau in die Werra, während gleichzeitig Millionen für Renaturierungsprojekte ausgegeben werden. Die Gewinne aus dem Kaliabbau werden privatisiert, die Folgekosten auf die Umwelt bzw. den Steuerzahler abgewälzt. Harald Schumann ist Landschaftsplaner und schreibt für Spiegel und Tagesspiegel. Für den Beitrag „Riss + Risiko: Wie unsicher sind Deutschlands alternde Kernkraftwerke heute?“ erhielt er den Förderpreis für Umweltjournalismus. (ij)

● Gregor Louisoder Umweltstiftung, München, Tel. 089 / 54212142, eMail: [info@umweltstiftung.com](mailto:info@umweltstiftung.com), [www.glus.org](http://www.glus.org)



## Gastrezension 100 Jahre staatlicher Naturschutz

Von Johannes Zechner, Deutsches Historisches Museum

**Natur und Staat - Staatlicher Naturschutz in Deutschland 1906-2006**  
'Naturschutz hat Geschichte': Unter dieses Motto stellen die Herausgeber Hans-Werner Frohn und Friedemann Schmolll ihren umfangreichen Sammelband zur Geschichte des staatlichen Naturschutzes in Deutschland, der anlässlich des 100. Gründungstages der Staatlichen Stelle für Naturdenkmalpflege Preußen erschien. Lange Zeit kam diese Thematik nur in meist autobiographisch und nicht selten auch hagiographisch\* gefärbten Schriften der Akteure selbst zur Darstellung.<sup>1</sup> Im Rahmen des wachsenden historiographischen Interesses an der Umwelt- und Naturschutzgeschichte<sup>2</sup> erschienen seit den 1990er-Jahren in schneller Folge wissenschaftliche Darstellungen zur Geschichte des deutschen Naturschutzes im Kaiserreich und in der Bundesrepublik.<sup>3</sup> Weitere Publikationen widmeten sich vor allem anhand der problematischen Geschichte des Naturschutzes im Nationalsozialismus der Frage nach dem normativen Verhältnis von Naturschutz und Demokratie.<sup>4</sup>

\* Hagiographie (griech.): Heiligenlegende, im übertragenen Sinn unkritische, euphemistische Biographie (Anm. d. Red.).

1 Vgl. dafür paradigmatisch Schoenichen, Walther, Naturschutz - Heimatschutz. Ihre Begründung durch Ernst Rudorff, Hugo Conwentz und ihre Vorläufer, Stuttgart 1954 und Klose, Hans, Fünfzig Jahre staatlicher Naturschutz. Ein Rückblick auf den Weg der deutschen Naturschutzbewegung, Gießen 1957.

2 Vgl. dafür den diesbezüglichen Clio-Online Guide: [www.clio-online.de/site/lang\\_\\_de/DE/40208182/Default.aspx](http://www.clio-online.de/site/lang__de/DE/40208182/Default.aspx) sowie das Internetangebot der Stiftung Naturschutzgeschichte: [www.naturschutzgeschichte.de](http://www.naturschutzgeschichte.de)

3 Vgl. dafür etwa die in der Reihe „Geschichte des Natur- und Umweltschutzes“ erschienenen Bände von Schmolll, Friedemann, Erinnerung an die Natur. Die Geschichte des Naturschutzes im deutschen Kaiserreich, Frankfurt am Main 2004; Rezension: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/2005-1-068> sowie Brüggemeier, Franz-Josef; Engels, Jens Ivo (Hrsg.), Natur- und Umweltschutz nach 1945. Konzepte, Konflikte, Kompetenzen, Frankfurt am Main 2005; Rezension: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/2006-2-222>

4 Vgl. dazu Radkau, Joachim; Uekötter, Frank (Hrsg.), Naturschutz und Nationalsozialismus

**Breites gesellschaftliches Vorfeld**  
Ihre Einleitung beginnen die beiden Herausgeber mit dem Hinweis, dass der Sammelband aus einem vom Bundesamt für Naturschutz geförderten Forschungsprojekt der Stiftung Naturschutzgeschichte hervorging. Sie betonen in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit, mittels eines kritischen Blickes „von außen“ (S. 3) die Geschichte des Naturschutzes in den breiteren historischen und gesellschaftlichen Kontext von Kaiserreich, Weimarer Republik, Nationalsozialismus, Bundesrepublik und DDR einzuordnen. Als epochenübergreifende Phänomene ließen sich verschiedene Charakteristika ausmachen: Neben der bis in die 1970er-Jahre dominierenden „Staatsnähe“ (S. 6) des Naturschutzes habe es immer ein breites gesellschaftliches Vorfeld von Einzelpersonen und Verbänden gegeben. Weitere Merkmale seien die personellen und programmatischen Kontinuitäten über die politischen Systemwechsel hinweg sowie das Konglomerat wenig stringenter, teilweise sogar widersprüchlicher Begründungen naturschützerischen Handelns. Kritisch machen die Herausgeber auch auf die „nationalistische Verengung“ (S. 9) in den Jahren nach 1918 aufmerksam, als schon vor der nationalsozialistischen Machtübernahme anstelle einer universalen die ‚deutsche‘ Natur zum Schutzsubjekt wurde.

### Modernitätskritische Grundhaltung

Im ersten Beitrag widmet sich Friedemann Schmolll in einer Kombination aus Ideen- und Organisationsgeschichte den Anfängen des Naturschutzes, als sich um 1900 eine Vielzahl von Vereinen für Vogelschutz, Heimatschutz und Naturdenkmalpflege gründete.<sup>5</sup> Diese überwiegend bildungsbürgerlichen Gruppierungen einte

(Geschichte des Natur- und Umweltschutzes 1), Frankfurt am Main 2003; Rezension: [hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/id=3201](http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/id=3201)

sowie Brüggemeier, Franz-Josef; Chioc, Mark; Zeller, Thomas (Hrsg.), How Green Were the Nazis? Nature, Environment, and Nation in the Third Reich, Athens/ Ohio 2005; Rezension: [www.h-net.org/reviews/showrev.cgi?path=163701165517304](http://www.h-net.org/reviews/showrev.cgi?path=163701165517304) ferner Uekötter, Frank, The Green and the Brown. A History of Conservation in Nazi Germany, Cambridge/Massachusetts und New York 2006; und Gröning, Gert; Wolschke-Bulmahn, Joachim (Hrsg.), Naturschutz und Demokratie?! (CGL-Studien des Zentrums für Gartenkunst und Landschaftsarchitektur 3), München 2006.

5 Vgl. dazu ausführlich Schmolll, Erinnerung an die Natur (siehe Anmerkung 3).

unter den Schlagworten von ‚Ursprünglichkeit‘ und ‚Eigenart‘ ein Unbehagen an der als entzaubert empfundenen Moderne. Im Vergleich zu anderen europäischen Ländern und den USA zeigen sich für Schmolll im deutschen Fall „unzweideutige Sondermerkmale“ (S. 73): zum einen die schnelle Institutionalisierung des Naturschutzes und zum anderen seine dezidiert modernitätskritische Grundhaltung.

### Staatszentriertes Selbstverständnis

Daran anschließend untersucht Hans-Werner Frohn detailliert die institutionelle Entwicklung des Naturschutzes, der auch nach der staatlichen Anerkennung in Preußen nur über beschränkte finanzielle Ressourcen und exekutive Befugnisse verfügte. In der NS-Zeit führten ideologische „Schnittmengen“ (S. 157) zwar zur formalen Aufwertung des Naturschutzes, jedoch hatte dieser trotz seiner weitgehenden Kollaborationsbereitschaft das Nachsehen gegenüber den Interessen von Autarkiepolitik und Kriegswirtschaft. In den Jahren nach 1945 dominierte bei weitgehender personeller Kontinuität diesbezüglich die apolitische „Autosuggestion“ (S. 198), ein idealistisches Anliegen sei von einem verbrecherischen Regime missbraucht worden. Das autoritäre und staatszentrierte Selbstverständnis wandelte sich erst mit dem Aufkommen der Umweltbewegung und den Verwissenschaftlichungstendenzen der 1970er-Jahre.

### Anschlussfähigkeit an NS-Ideen

Im folgenden Beitrag stellt Willi Oberkrome einige knappe Überlegungen zur Theorie und Praxis des Naturschutzes während der NS-Zeit an. Im deutschen Naturschutz existierten seit seiner Gründungszeit weltanschaulich durchsetzte Konzepte von ‚Natur‘ und ‚Landschaft‘, die sich nach 1918 radikalisierten und zumindest rhetorisch durchaus anschlussfähig an das Ideenkonglomerat des Nationalsozialismus waren. Bedingt durch das „notorische Desinteresse“ (S. 318) Hitlers hatte der Naturschutz aber abgesehen von reiner Symbolpolitik und einzelnen landespflegerischen Ansätzen in den besetzten Ostgebieten realpolitisch hinter den maniferteren Interessen des NS-Regimes zurückzustehen.

### Idealistisch oder rational?

Etwas aus dem thematischen Rahmen fällt der wissenschaftsgeschichtliche Beitrag von Thomas Potthast, der die widersprüchliche Gleichzeitigkeit von idealisti-

schen und rationalen Naturschutzbegründungen zum Thema hat. Während der NS-Zeit versuchte eine neue „ideelle Gesamtwissenschaft“ (S. 394) vergeblich, diese Spaltung zwischen Kultur und Natur, zwischen Geistes- und Naturwissenschaften zu überwinden. Erst mehr als ein Jahrzehnt nach Kriegsende habe dann, so Potthast, die wissenschaftliche Ökologie zu einer „Entnazifizierung durch Verwissenschaftlichung“ (S. 400) geführt.

## „Habituelle Gemeinschaft“

Den chronologischen Faden wieder aufnehmend verortet Jens Ivo Engels in seinem Beitrag den bundesrepublikanischen Naturschutz in den Kontexten politischen und gesellschaftlichen Wandels.<sup>1</sup> Besonderes Interesse gilt dabei der „habituellen Gemeinschaft“ (S. 451) der westdeutschen Naturschützer, die trotz interner Kontroversen das Bild einer selbstlos hinter dem hohen Ideal geeinten Bewegung zu vermitteln suchten. In den 1950er-Jahren fügte sich die zivilisationskritische Tradition des Naturschutzes noch problemlos in die intellektuelle Großwetterlage ein, bevor sie mit dem allgemeinen soziokulturellen Wandel der 1970er-Jahre gegenüber der Umweltbewegung ins gesellschaftliche und mediale Hintertreffen geriet.

## Schwacher DDR-Naturschutz

Mit dem noch wenig bearbeiteten Thema des DDR-Naturschutzes befassen sich Andreas Dix und Rita Gudermann in ihrem Beitrag. Zwar gab es nach Kriegsende geteilte Naturschutztraditionen und Problemlagen, die institutionelle und gesetzliche Neuausrichtung erfolgte aber in der zentralistischen DDR schneller als in der föderalen Bundesrepublik. Wirtschaft und Militär hatten hier jedoch „eindeutigen Vorrang“ (S. 564) vor einem institutionell schwachen Naturschutz, der zudem durch das Fehlen demokratischer Mechanismen keine Kontrollfunktion ausüben konnte. Zuletzt weisen Dix und Gudermann noch auf das Jahr 1990 hin, als die letzte DDR-Regierung kurz vor der Wiedervereinigung etwa zehn Prozent des DDR-Territoriums unter Naturschutz stellte.

<sup>1</sup> Vgl. dazu ausführlich Engels, Jens Ivo, Naturpolitik in der Bundesrepublik. Ideenwelt und politische Verhaltensstile in Naturschutz und Umweltbewegung 1950-1980, Paderborn 2006; Rezension: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/2007-1-008>

## „Naturschutz-Export“ in die Kolonien

Abschließend schildert Anna-Katharina Wöbse die internationalen Beziehungen des deutschen Naturschutzes. Preußen hatte in diesem Bereich auf internationaler Ebene eine „Vorreiterrolle“ (S. 633) für andere europäische Staaten inne, bevor in der NS-Zeit die internationale Kooperation einer aggressiven Expansions- und Annexionspolitik unter Beteiligung deutscher Naturschützer wich. Der Beitrag thematisiert auch die wenig bekannte „koloniale Tradition des Naturschutzes“ (S. 659): Als Teil einer universal verstandenen Zivilisationsmission sollte Naturschutz auch in die Kolonien exportiert werden. In diesem Zusammenhang galt die indigene Bevölkerung entweder als Bedrohung der Natur oder als Teil der zu schützenden Wildnis.

## Erstmals ausgewertete Quellen

Das Kompendium bietet auf über 700 Seiten außerordentlich detaillierte Untersuchungen und 29 knappe Biographien zur Geschichte des Naturschutzes in Deutschland, überwiegend unter Einbezug der breiteren gesamtgeschichtlichen Entwicklung. Die Aufsätze einschlägig ausgewiesener Fachleute beruhen auf dem neuesten Forschungsstand und einer umfangreichen, teilweise erstmals ausgewerteten Quellenbasis. Dabei scheuen die Autoren auch nicht deutliche Worte, wenn sie ideologische Kontaminationen des Naturschutzes, die Kollaboration mit dem NS-Regime oder das Arrangieren mit dem SED-Staat beschreiben. Negativ fällt nur die äußere Aufmachung der Publikation ins Auge: Als Teil der vom Bundesamt für Naturschutz herausgegebenen und vom Landwirtschaftsverlag vertriebenen Schriftenreihe ‚Naturschutz und biologische Vielfalt‘ kommt sie leider in der ästhetischen Anmutung einer Behördenschrift mit Pappeinband und fast ohne Abbildungen daher.<sup>2</sup> Hier ließe sich fragen, ob nicht durch einen anderen Veröffentlichungsort neben Naturschützern auch Historiker mit Interesse an der Umwelt- und Naturschutzgeschichte verstärkt hätten angesprochen werden können.

Nichtsdestotrotz liegt nun der Geschichtswissenschaft ein zuverlässiges Faktenfundament vor, um sich verbleibenden Desiderata in weiteren Untersuchungen zu widmen. Wie von den Autoren selbst an-

<sup>2</sup> Vgl. die eher naturschutzpraktisch orientierten weiteren Titel der Schriftenreihe [www.lv-h.de/bfn](http://www.lv-h.de/bfn)

gesprochen, ist beispielsweise über die regionale Naturschutzgeschichte mit Ausnahme Preußens oder die Position des deutschen Naturschutzes im internationalen Vergleich bisher wenig bekannt. Daneben wäre es lohnenswert, die in einigen Beiträgen angerissenen theoretischen Perspektiven einer Alltags-, Geschlechter- und Kolonialgeschichte des Naturschutzes noch weiter zu vertiefen. Und nicht zuletzt könnten weitere ideengeschichtliche Studien zum Naturbild der Naturschützer Aufschluss darüber geben, wie sehr materiale Natur immer auch Projektionsfläche für kulturelle Konstruktionen ist. ■ ▼

## • Weitere Informationen

Johannes Zechner, Projekt „Lebendiges virtuelles Museum Online“ (LeMO), Deutsches Historisches Museum, Unter den Linden 2, 10117 Berlin  
eMail: [johannes.zechner@gmx.de](mailto:johannes.zechner@gmx.de)  
[www.dhm.de/lemo](http://www.dhm.de/lemo)

Hans-Werner Frohn, Friedemann Schmoll (Hrsg.): Natur und Staat - Staatlicher Naturschutz in Deutschland 1906-2006, Landwirtschaftsverlag, Münster 2006, 736 S., 36,- Euro, ISBN 978-3-7843-3935-1

Rezension aus H-Soz-u-Kult, 25.07.07  
<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/2007-3-064>

## Kritik an Novellierung des Bundesnaturschutzgesetzes

### Gemeinsames Eckpunktepapier der DNR-Verbände

Der von Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) vorgelegte veränderte Entwurf zum Bundesnaturschutzgesetz ist von den Naturschutzverbänden kritisiert worden. Die Novelle sei ein Rückschritt für den Artenschutz, kritisierten BUND und NABU.

### Erstmals Vollkompetenz des Bundes beim Naturschutzrecht

Die vor einem Jahr in Kraft getretene Föderalismusreform hatte eine umfangreiche Änderung des Grundgesetzes zur Folge. Der Bund hat aufgrund der mit der Reform beschlossenen Abschaffung der Rahmengesetzgebungskompetenz erstmalig eine Vollkompetenz im Naturschutzrecht erhalten; er muss daher umfassende, detaillierte Regelungen neu schaffen. Die Länder können allerdings von diesen Regelungen abweichen - ausgenommen sind nur die allgemeinen Grundsätze.

### Bund muss Naturschutzrecht in neues Umweltgesetzbuch integrieren

Der Bund muss zudem eine sinnvolle Integration des Naturschutzrechts in das neu zu schaffende Umweltgesetzbuch (UGB) sicherstellen. Dabei hat er darauf zu achten, dass die Besonderheiten des Naturschutzrechts nicht der geplanten Vereinheitlichung der Regelungsmaterie des UGB zum Opfer fallen, etwa bei den Beteiligungsrechten, sondern in ihrem Bestand erhalten bleiben. Ferner hat er internationale bzw. europäische Verpflichtungen auch zum Schutz der Biodiversität (z. B. Biodiversitäts-Konvention, Vogelschutzrichtlinie, FFH-Richtlinie) zu beachten. Wie aus Sicht der Verbände eine sinnvolle Regelung des Naturschutzrechts aussehen sollte, hat der DNR im Juli in einem Eckpunktepapier vorgestellt.

### Europäischer Gerichtshof: Deutsche Schutzstandards zu niedrig

Grund für die jüngsten Änderungsvorschläge an der Novelle war ein Urteil des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) im Januar, nach dem Deutschland eine Strafe von 790.000 Euro pro Tag droht, wenn die Standards für den Artenschutz nicht angehoben werden. Das neue Bundesnaturschutzgesetz sollte deshalb eine stärkere Kontrolle von Bauern und Bauherren

ermöglichen, damit seltene Pflanzen und Tiere besser geschützt werden können.

### Geplante Beschleunigungsregelungen schwächen Naturschutz

Der Entwurf könnte nun jedoch das Gegenteil bewirken, befürchten die Rechtsexperten von NABU und BUND, den beiden größten Naturschutzverbänden im DNR. So soll es für Bauern leichter werden, Wege und Äcker in europäischen Naturschutzgebieten anzulegen. Die Genehmigung für Projekte von Firmen wird gültig, wenn nach vier Wochen keine Stellungnahme der Naturschutzbehörden vorliegt. Dass diese Frist wegen Mitarbeitermangels oft nicht eingehalten werden kann, bestätigte auch die Grüne Bundestagsabgeordnete Undine Kurth. Die Hannoveraner Professorin Christina von Haaren, Mitglied im Sachverständigenrat für Umweltfragen, sieht ebenfalls „die Gefahr, dass der Artenschutz geschwächt“ wird.

### Neue Änderungen gehen auf Vorschläge der Länder zurück

Die neuen Änderungen der Novelle setzen sich aus Vorschlägen der Bundesländer zusammen. So empfiehlt der bayerische Umweltminister Werner Schnappauf (CSU) eine Erweiterung des Gesetzes für die Jagd auf Biber. Denn die bayerischen Bauern beklagen, dass rund 10.000 Biber ihr Land unter Wasser setzen würden. Der „Eingriff“ in die Bestände soll deshalb „auch allgemein durch die Rechtsverordnung der Landesregierungen“ zulässig sein. (ij) ■ ▼

### • Weitere Informationen

NABU, Artenschutzexperte Magnus Herrmann, Berlin  
Tel. 030 / 28498434  
[www.nabu.de/m06/m06\\_02/06180.html](http://www.nabu.de/m06/m06_02/06180.html)

BUND, Naturschutzreferent Friedrich Wulf, Berlin  
Tel. 030 / 275864-451, Fax -449  
eMail: [friedrich.wulf@bund.net](mailto:friedrich.wulf@bund.net)  
[www.bund.net/naturschutz](http://www.bund.net/naturschutz)

DNR, Helmut Röscheisen, Bonn  
Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96  
eMail: [sekretariat@dnr.de](mailto:sekretariat@dnr.de)  
[www.dnr.de](http://www.dnr.de)

Eckpunktepapier (PDF, 9 S., 130 kB):  
[www.dnr.de/publikationen/news/docs/Dokumentation\\_Eckpunkte\\_DNR\\_UGB.pdf](http://www.dnr.de/publikationen/news/docs/Dokumentation_Eckpunkte_DNR_UGB.pdf)

## Modellprojekt zur Erhaltung von Wald-Kulturlandschaften

### Schaffung und Pflege von Ausgleichsflächen als Dienstleistung

Das Internationale Institut für Wald und Holz NRW hat zusammen mit der Wald-Stiftung ein Modell für die Erhaltung und multifunktionale, nachhaltige Bewirtschaftung repräsentativer Wald-Kulturlandschaften entwickelt. Ausgleichsflächen, mit denen Eingriffe in Natur und Landschaft kompensiert werden sollen, lägen oft planlos verstreut, sagte Prof. Dr. Andreas Schulte, Leiter des Wald-Zentrums der Universität Münster. Ziel des gemeinsamen Forschungsvorhabens „Nachhaltigkeit stiften“ sei es deshalb, Naturschutz und Wald-Kulturlandschaftspflege als Dienstleistung für private und kommunale Grundeigentümer zu etablieren.

Projektpartner sind sieben private und kommunale Grundbesitzer sowie der Waldbauernverband. Das Wald-Zentrum will mit dem Projekt einen Flächenpool schaffen, über den eigens gegründete Stiftungen als Dienstleister die Wald- und Kulturlandschaftspflege übernehmen und dafür die Ausgleichszahlungen erhalten.

### DBU: Projekt soll gewonnenes Wissen allgemein zugänglich machen

„Dadurch, dass die Flächen an Stiftungen mit festgelegten Stiftungszielen gehen, ist ihre naturschutzfachliche Entwicklung auch langfristig gesichert“, sagte Dr. Fritz Brickwedde, Generalsekretär der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU), anlässlich einer Tagung zum Thema in Münster. Die DBU wird das Projekt mit insgesamt rund 485.000 Euro fördern. Am Ende soll das gesammelte Wissen in die Praxis übertragen werden und beispielsweise in Fortbildungsveranstaltungen mit dem Waldbauernverband Nordrhein-Westfalen und einem Handbuch seinen Niederschlag finden. (ij) ■

### • Weitere Informationen

Prof. Dr. Andreas Schulte, Leiter des Wald-Zentrums der Universität Münster  
Tel. 0251 / 83301-31, Fax -28  
eMail: [info@wald-zentrum.de](mailto:info@wald-zentrum.de)  
[www.wald-institut.de](http://www.wald-institut.de)

DBU, Osnabrück  
Tel. 0541 / 9633-0, Fax -190  
eMail: [info@dbu.de](mailto:info@dbu.de)  
[www.dbu.de](http://www.dbu.de)

## Umweltfreundlicheres Binnenschiff entwickelt

### Ufervegetation und Gewässerbett werden weniger beschädigt

Mit einem neuen Antriebs- und Baukonzept der Kieler Firma New Logistics sollen Binnenschiffe Flüsse ökonomischer und ökologischer befahren können. Die neue Antriebstechnik mit vier Motoren an den vier Ecken des Schiffes, die jeweils einen Ruderpropeller antreiben, soll den Lenk- und Wendekreis des Schiffes verkleinern. So könnten stark gewundene Flussläufe besser passiert werden, teilte das Unternehmen mit. Die Wasserverteilung unterhalb der Schiffe soll aufgrund der katamaranähnlichen Bauweise einen verminderten Treibstoffverbrauch sowie eine geringere Schädigung des Gewässerbetts, der Ufervegetation und der Fischfauna bewirken.

### Geringerer Schadstoffausstoß

Die neue Konstruktion benötigt nach Angaben der Hersteller 10 % weniger Treibstoff und bringt eine Verringerung schädlicher Stickstoffoxide um 70 % und eine Filterung von fast 100 % des Feinstaubes. Nach Angaben der EU-Kommission ist die Luftverschmutzung durch Schifffahrt größer als durch den Luftverkehr. Gerade auch Binnenhäfen, so eine Untersuchung, sind häufig Quellen von erheblichen Feinstaub- und Stickoxid-Belastungen der Luft.

Dr. Rainer Sontowski vom Bundesumweltministerium betonte bei der Taufe eines der ersten Schiffe auf den Namen „RMS Kiel“, die Binnenschifffahrt müsse erneuert werden. Er bezeichnete das Schiff als „nachhaltigen Beitrag für zukunftsfähige Transportmittel“. Es sei die adäquate Antwort auf die Diskussionen um kritische Vertiefungen der Flüsse und eine echte Umweltinnovation. „Wir müssen die Schiffe den Flüssen anpassen und nicht umgekehrt“, sagte Sontowski. Erst durch längeren Einsatz in der Praxis könnten sich die Innovationen bewähren. (ij) ■

### • Weitere Informationen

New Logistics GmbH, Kaiserstr. 4,  
24143 Kiel  
Tel. 0431 / 990410  
eMail: info@new-logistics.com  
www.new-logistics.biz

## Kurzmeldungen

### Startschuss für Kinderwettbewerb „Don Catos Grüne Reviere“

► Der Luchs Don Cato, das Maskottchen der Kinderwettbewerbe des Bundesumweltministeriums, startet 2007 in eine neue Runde: „Don Catos Grüne Reviere 2007“. Diesmal soll Don Cato als Botschafter für biologische Vielfalt Kindern nahe bringen, wie wichtig es ist, die Vielfalt von Arten und Lebensräumen zu erhalten. Sein neues „Amt“ tritt Don Cato mit Blick auf die UN-Naturschutzkonferenz an, die 2008 in Bonn stattfindet. In dem Wettbewerb sind alle fünf- bis zehnjährigen Kinder eingeladen, „Grüne Reviere“ als Räume für biologische Vielfalt zu schaffen. Dabei legen sie Schmetterlingsduftbeete an, begrünen die Wurzelbereiche von Bäumen und errichten Kübelgärten und Hügelbeete. Die fünfzig besten Grünen Reviere erhalten für ihr Team Spielzeugpakete im Wert von bis zu 750 Euro und eine Plakette zum Kennzeichnen ihrer Reviere. (ij)

● BUNDjugend - Don Catos Grüne Reviere 2007, Berlin, Tel. 030 / 45086463, eMail: info@doncato.de, www.doncato.de

### Prominente Naturallianz unterstützt 2010-Biodiversitätsziel

Namhafte Persönlichkeiten aus Politik, Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Medien, Wissenschaft und Kultur, darunter DNR-Präsident Hubert Weinzierl, wollen in einer neuen „Naturallianz“ gemeinsam mit dem Bundesumweltministerium (BMU) dazu beitragen, bis zum Jahr 2010 den Verlust der biologischen Vielfalt deutlich zu reduzieren. Dazu wollen sie sich dafür einsetzen, die Öffentlichkeit stärker auf den Wert und den Nutzen der natürlichen Vielfalt und auf die 9. Vertragsstaatenkonferenz der Biodiversitätskonvention (CBD) aufmerksam zu machen, die im nächsten Jahr in Bonn stattfinden wird. (bv)  
www.naturallianz.de

■

## Lesenswert

### Kurze Naturgeschichte vom Mittelalter bis zur Industriegesellschaft

Der Evolutionsbiologe Josef Reichholf ist nicht nur Naturwissenschaftler, sondern auch ein brillanter Erzähler, wenn es um die historischen Entwicklungen der Natur wie auch der Zeitgeschichte geht. In seinem neuen Buch nimmt er die Zusammenhänge zwischen Veränderungen in der Natur und der wechselnden Kulturgeschichte der Menschheit unter die Lupe. Im Überblick, den der Autor der Betrachtung des vergangenen Jahrtausends voranstellt, vertritt er die These, dass die Produktivität der Natur (z. B. fruchtbare Böden) sowie das Klima den Bestand oder Niedergang von Kulturen und Weltreichen bestimmt haben. Ausgehend von der Krönung Karls des Großen 768, also dem Beginn des Mittelalters, spannt Reichholf einen Bogen über die kolumbianische Zeit bis zur Industrialisierung und deren Folgen, die bis in unsere Zeit reichen. Nach der Entdeckung Amerikas 1492 „ging eine echte Globalisierung an, wie es sie vorher noch nie gegeben hatte“. Denn mit Kolumbus' Entdeckung begann ein globaler Austausch von Pflanzen und Tieren, die zuvor geografisch weit voneinander entfernt existierten. Was dies für Flora und Fauna, aber auch für Menschen auf den verschiedenen Kontinenten und deren Umwelt bedeutete, erläutert er in zahlreichen Kapiteln. Für die Bewältigung der Zukunft des Lebens auf der Erde muss aus Sicht Reichholfs immer die Vergangenheit berücksichtigt werden. Seine evolutionäre Betrachtung folgt drei Prinzipien:

1. Aus dem Einen geht Vielfalt hervor;
2. Leben ist steter Wandel - es gibt keine besten oder einzig richtigen Zustände;
3. Die Zukunft ist offen.

Reichholf plädiert für „überlebensfähige Ungleichgewichte“, denn Gleichgewicht bedeute Stillstand und nur Spannung erzeuge Aktivitäten. In diesem Sinne regt sein Buch an, das eigene Leben und alle Handlungen von Menschen kritisch zu hinterfragen. (Marion Busch)

Josef H. Reichholf: Eine kurze Naturgeschichte des letzten Jahrtausends, S. Fischer Verlag, Frankfurt/M. 2007, 336 S., 19,90 Euro, ISBN: 978-3-10-06294-5

■ ▼

## Kabinett stellt Weichen für Bahn-Privatisierung

### Gesetzentwurf: Schienennetz gehört dem Bund, aber die Bahn kassiert

Nachdem das Bundeskabinett hat Ende Juli einen Gesetzentwurf für die Privatisierung der Deutschen Bahn beschlossen hat, könnten Teile des letzten großen Staatsbetriebs in private Hände gelangen. Der Entwurf sieht vor, dass zunächst 25 Prozent des Staatskonzerns verkauft werden können. Die Bahnhöfe und das 34.000 Kilometer lange Schienennetz sollen juristisch Eigentum des Bundes bleiben, während die Bahn wirtschaftliche Eigentümerin wird. Das heißt, sie soll das Schienennetz mindestens 15 Jahre lang bewirtschaften und auch in der Bilanz auführen.

### VCD: Gemeinwohlverantwortung des Staates wird aufgegeben

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) bezweifelt, dass die Zuständigkeitsregelung für das Schienennetz verfassungsgemäß ist. Vor Gericht könne dies so ausgelegt werden, dass der Bund die Erfüllung seiner Aufgaben nicht mehr gewährleisten könne. Diesen Punkt bemängelt auch der Verkehrsclub Deutschland (VCD): Der Entwurf hebele die im Grundgesetz festgeschriebene Gemeinwohlverantwortung des Staates für die Schiene aus, sagte der VCD-Vorsitzende Michael Gehrmann. Er forderte einen neuen Gesetzentwurf, der den verkehrspolitischen Zielen der Bahnreform entsprechen müsse. Das heiße mehr Verkehr auf die Schiene und effiziente Verwendung von Haushaltsmitteln.

Bundestag und Bundesrat müssen dem Gesetzentwurf noch zustimmen. Die Landesverkehrsminister haben im August bereits Änderungswünsche formuliert. Vor allem wollen sie Mitsprache- und Kontrollrechte bei der Mittelvergabe für den Schienenverkehr. (mbu) ■ ▼

### • Weitere Informationen

Verkehrsclub Deutschland (VCD), Kochstr. 27, 10969 Berlin  
Tel. 030 / 280351-0, Fax -10  
eMail: mail@vcd.org  
Stellungnahme zur Bahnprivatisierung (PDF, 5 S., 80 kB):  
www.vcd.org/  
bahnprivatisierung0707.pdf

## Fehmarnbelt-Brücke soll gebaut werden

### Scharfe Kritik an Entscheidung für dänisch-deutsches Milliardenprojekt

Der dänische und der deutsche Verkehrsminister haben sich im Juni auf den Bau einer Brücke über den Fehmarnbelt geeinigt. Das 19 Kilometer lange Bauwerk zwischen Puttgarden auf der Insel Fehmarn und Rødby auf Lolland soll 5,5 Milliarden Euro kosten und die Fahrzeit zwischen Hamburg und Kopenhagen um knapp 60 Minuten auf dreieinhalb Stunden verkürzen. Für den Brückenbau wollen beide Länder gemeinsame Mittel aus dem EU-Programm für transeuropäische Netze (TEN) beantragen. Für die Hinterlandverbindungen wollen Dänemark und Deutschland jeweils eigene TEN-Mittel beantragen.

### Vierspuriger Ausbau bis Heiligenhafen

Nach Angaben des Bundesverkehrsministeriums (BMVBS) soll Dänemark alleiniger Eigentümer des Bauwerks sein. Damit habe das Land die Verpflichtung, für geeignete Zufahrten zu sorgen. Deutschland werde die Finanzierung der Hinterlandverbindungen bis Puttgarden übernehmen. Vorgesehen sei, die E 47 zwischen Heiligenhafen und Puttgarden vierspurig auszubauen. Der Ausbau soll bis zur Eröffnung der Brücke abgeschlossen sein. Außerdem soll die eingleisige Schienenstrecke elektrifiziert werden, sieben Jahre nach Inbetriebnahme der Brücke soll die Schienenstrecke zweigleisig sein. Der Bau der Brücke soll bis zum Jahr 2018 abgeschlossen sein. Zunächst muss das Projekt durch die Parlamente der beiden Länder.

### Umweltverbände, Fährwirtschaft und Anwohner lehnen Projekt ab

Naturschutzverbände und ein Großteil der Bewohner Fehmarns lehnen die Brücke ab. Sie haben ökologische Bedenken und fürchten, dass die Insel Urlauber verlieren könnte. Die Fährwirtschaft in Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern rechnet mit finanziellen Einbußen. Der Landesnaturschutzverband Schleswig-Holstein (LNV) forderte die Regierung in Kiel auf, sich für eine Tunnellösung einzusetzen. Ein Tunnel würde weniger Folgekosten für Naturschäden verursachen, hieß es beim LNV. Nach EU-Vorschriften sei eine Brücke unzulässig, wenn andere Lösungen umweltverträglicher seien. Der NABU kündigte an, das deutsch-dänische

Projekt mit juristischen Mitteln zu bekämpfen. Für die Genehmigung der Brücke im internationalen Seegewässer außerhalb der Dreimeilenzone nördlich von Puttgarden und südlich von Rødby sei die internationale Seeschiffahrtsorganisation IMO zuständig, sagte Bundesgeschäftsführer Leif Miller. Ob diese angesichts des hohen Kollisionsrisikos für Tanker und der damit verbundenen ökologischen Risiken für die Ostsee zustimmen werde, sei fraglich. Es werde eine eingehende Verträglichkeitsprüfung geben.

### EU-Grüne: Brücke widerspricht Verkehrsverlagerung aufs Wasser

Der verkehrspolitische Sprecher der Grünen im Europäischen Parlament Michael Cramer forderte die Bundesregierung auf, die Entscheidung zu revidieren. Ökologisch bedeute der Bau der Fehmarnbelt-Querung nicht nur die Zerstörung von Fauna und Flora, Gefahren für Zugvögel und einen verringerten Wasseraustausch für die Ostsee, sondern auch riskante Engpässe für den Schiffsverkehr, sagte Cramer. Vor allem aber widerspreche sie dem EU-Ziel einer ökologischen Verkehrsverlagerung von der Straße aufs Wasser.

Über die Meerenge zwischen Fehmarn und Lolland führt mit rund 20 Kilometern der kürzeste Landweg zwischen Skandinavien und dem kontinentalen Westeuropa. Der Fehmarnbelt unterbricht dabei die direkte Verbindung zwischen dem Großraum Kopenhagen/Südschweden im Norden sowie der Region Hamburg/Lübeck im Süden. Hier verkehren im Halbstunden-Rhythmus auf der so genannten Vogelfluglinie Fähren, die für eine Überfahrt 45 Minuten brauchen. (mbu) ■

### • Weitere Informationen

Bundesverkehrsministerium (BMVBS), Invalidenstr. 44, 10115 Berlin  
Tel. 030 / 2008-2040, Fax -2059  
www.bmvbs.bund.de

Landesnaturschutzbund (LNV) Schleswig-Holstein, Burgstr. 4, 24103 Kiel  
Tel. 0431 / 93027  
eMail: Inv-sh@t-online.de  
www.lnv-sh.de

Naturschutzbund (NABU), Invalidenstr. 112, 10115 Berlin  
Tel. 030 / 284984-0, Fax -84  
eMail: bv.berlin@nabu.de  
www.nabu.de

## Neue Berechnungsmethode für externe Umweltkosten

### UBA: Pkw verursachen externe Kosten von 3 Euro pro 100 Kilometer

Das Umweltbundesamt (UBA) hat eine Methode zur besseren Schätzung externer Umweltkosten veröffentlicht. Diese Kosten müssen meist von der Allgemeinheit getragen werden. Für den Bereich Straßenverkehr ermittelte das Amt, dass ein Pkw im Schnitt 3 Euro pro gefahrene 100 Kilometer an Folgekosten für die Umwelt und Gesundheit verursacht. Dies beruhe vor allem auf den Emissionen von Luftschadstoffen und Treibhausgasen.

### „Verdopplung der Lkw-Maut gerechtfertigt“

Bei einem Pkw ergeben sich für eine Gesamtfahrleistung von 100.000 Kilometern Kosten von 3.000 Euro, hingegen addiert sich für die gleiche Fahrleistung die Summe bei Lkw auf 17.000 Euro. Nach Ansicht des UBA rechtfertigen diese Kosten eine Verdopplung der Lkw-Maut von derzeit 12,5 Cent auf 25 Cent. Die Internalisierung der externen Kosten könne über eine erhöhte Ökosteuer sowie über das Ordnungsrecht erfolgen. Der Staat könne über strengere Emissionsgrenzwerte für Fahrzeuge eingreifen oder die Hersteller verpflichten Partikelfilter einzubauen.

### Externe Kosten für die Energieerzeugung

Die Berechnung der externen Kosten für Energieerzeugung ergab für die Stromerzeugung aus Stein- und Braunkohle 6 bis 9 Cent pro Kilowattstunde (kWh). Die externen Kosten für Strom aus erneuerbaren Energien liegen den Angaben zufolge im Mittel deutlich unter einem Cent pro kWh. Aufgrund der stark differierenden Herangehensweise ergebe sich eine in den Berechnungen recht hohe Streubreite, so das UBA. Daher hofft die Behörde die Wissenschaft auf eine weitgehend einheitliche Methode festlegen zu können. (ij) ■

### • Weitere Informationen

Umweltbundesamt, Postfach 1406,  
06813 Dessau  
Tel. 0340 / 21032285  
eMail: [info@umweltbundesamt.de](mailto:info@umweltbundesamt.de)  
[www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/2007/pd07-024.htm](http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/2007/pd07-024.htm)

## Kurzmeldungen

### Versiegelung und Zerschneidung des Thüringer Waldes

Laut einem Bericht der Landesregierung in Erfurt sind seit 1990 durch Infrastrukturprojekte 25 km<sup>2</sup> des Thüringer Waldes versiegelt worden. Das sei nur 1,2 Prozent der Gesamtfläche und zudem bereits hinreichend mit einer 28 km<sup>2</sup> großen Ausgleichsfläche abgedeckt, argumentierte Bauminister Andreas Trautvetter (CDU). Naturschutzverbände kritisierten jedoch den Mangel an für Wild notwendigen „grünen Brücken“. Außerdem sei bei der Schaffung der Ausgleichsflächen der Lebensraum diverser Großvögel beeinträchtigt worden. Die oppositionelle Linksfraktion beanstandete die mangelhafte Bündelung der parallel durch den Thüringer Wald verlaufenden Strecken der A 71, der ICE-Trasse und der geplanten 380-kV-Stromtrasse. Brisant bleiben auch die Ausgleichsfläche „Lebendige Werra“ und die dort bereits erfolgten Renaturierungsmaßnahmen. Falls das Düngemittel-Unternehmen K+S eine Genehmigung für das Einleiten von Salzlaugen in die Werra erhält, droht dem Fluss-Ökosystem laut BUND eine erneute Verunreinigung. (ij)

- BUND Thüringen, Erfurt, Tel. 0361 / 5550310, [www.bund.net/thueringen](http://www.bund.net/thueringen)

### Bundestag will das Reisen mit dem Fahrrad erleichtern

Der Bundestag hat im Juni auf Empfehlung des Tourismusausschusses beschlossen, den Fahrradtourismus zu fördern. Unter anderem soll die Deutsche Bahn dazu gebracht werden, dass sie die Fahrradmitnahme im ICE ermöglicht. Beim Bundesverkehrsministerium soll zudem eine länderübergreifende Koordinierungsstelle entstehen, um den weiteren Ausbau und die Vereinheitlichung der Radwege zwischen Bund, Ländern und Kommunen abzustimmen. Die Bundesregierung unterstützt die Pläne des Parlaments. Zur Zwischenbilanz des Nationalen Radverkehrsplans 2002 bis 2012 heißt es: Würden Fahrten bis zu sechs Kilometer Länge zu 30 Prozent weniger mit dem Auto und dafür mit dem Fahrrad zurückgelegt, könnten jährlich 7,5 Mio. t CO<sub>2</sub> und 2,4 Mio. t Kraftstoff eingespart werden. Der Fahrrad-Club ADFC hatte den Nationalen Radverkehrsplan im Juni wegen mangelnder Ergebnisse für gescheitert erklärt (DRB 06/07.07, S. 17). (mbu)

Quelle: Das Parlament, 25.06.07

## Lesenswert

### Nahmobilität im Lebensraum Stadt

In der Broschüre „Nahmobilität im Lebensraum Stadt“ stellt die Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundliche Städte (AGFS) Vorteile und relevante Handlungsansätze von Nahmobilität dar. U. a. geht es darum, Strukturen zu schaffen, die es vor allem Kindern, Senioren und Familien erleichtern, sich in der Stadt zu bewegen. Um das System Nahmobilität umzusetzen, müssen laut AGFS Maßnahmen aus den Bereichen Service, Kommunikation und Infrastruktur integriert durchgeführt werden. Die 40 Kommunen in der AGFS wollen dafür nach eigenen Angaben neue Wege einschlagen. (mbu)

AGFS (Hrsg.): Nahmobilität im Lebensraum Stadt, Krefeld 2007, 52 S., kostenlos; Bezug: [www.fahrradfreundlich.nrw.de](http://www.fahrradfreundlich.nrw.de) („Bestellungen“ oder „Downloads“, jeweils unter „Broschüren“)

■

### Gastbeitrag Wassersparen ist kein Unsinn

Von Harald Gülzow, BBU<sup>1</sup>

#### Für einen sparsamen Umgang mit der Ressource Trinkwasser auch bei uns

Die weltweite Versorgung der Menschen mit sauberem Trinkwasser wird in Zukunft immer schwieriger werden. Dies ist eines der Ergebnisse der am 18. August beendeten Welt-Wasserwoche in Stockholm. Bei uns in Deutschland werden dank der in den Haushalten durchgeführten Wassersparmaßnahmen im Durchschnitt nur noch 126 Liter pro Person und Tag im Privathaushalt verbraucht. Doch von Seiten der Wasserversorger werden diese Maßnahmen seit einiger Zeit stark in Frage gestellt und als ökonomischer Unsinn bezeichnet.

Diese Debatte über das Wassersparen verunsichert viele Menschen in ihrem ökologischen Handeln. Was gestern noch sinnvoll war, soll heute Unsinn sein! Dabei hat sich gar nichts geändert. In Deutschland hat das Grundwasser den größten Anteil (65 %) an der Trinkwassergewinnung. Es ist ökologisch und gesundheitlich wichtig, dass mit diesem zum Teil noch sauberen Wasservorräten weiterhin sparsam umgegangen wird. Es ist nur eine neue ökonomische Betrachtungsweise der Wasserwirtschaft hinzugekommen.

#### Die Bürger sind nicht zuständig für die Planungsfehler der Leitungsbetreiber

Die Abwasserentsorger haben im Hinblick auf einen hohen Wasserdurchsatz in den privaten Haushalten überdimensionierte Rohrleitungen verlegen lassen. Fließt jetzt zu wenig Wasser, dann lagern sich die Fäkalien in den Rohren ab, faulen vor sich hin und die entstehenden Säuren zerstören die Rohrleitungen. Die Leitungen müssen nun auf Kosten der Anlagenbetreiber regelmäßig gespült werden. Deshalb sollen die Haushalte wieder mehr Wasser verbrauchen. Doch während jeder dafür verantwortlich ist, dass mit den Ressourcen auf der Erde sparsam umgegangen wird, ist nach Auffassung des BBU die Bevölkerung nicht dafür zuständig, die Planungsfehler der Leitungsbetreiber zu korrigieren und deshalb unseren den spar-

samen Umgang mit Wasser in Frage zu stellen.

#### Viele Grundwasserschichten sind stark mit Nitraten belastet

In Deutschland leidet bisher niemand an Wassermangel, aber vielerorts fehlt sauberes Grundwasser für die Trinkwasserversorgung. Viele Grundwasserschichten sind so stark mit Nitraten belastet, dass viele kleine Wasserwerke schließen mussten - zu groß wurden die Probleme eine sichere Versorgung mit sauberem Trinkwasser zu garantieren. Große Wasserwerke konnten auf immer tiefere Grundwasserleiter ausweichen, Wasser verschiedener Brunnen mischen, Wasser aus weit entfernten Gebieten herantransportieren oder das belastete Grundwasser teuer aufbereiten. Je sauberer das Grundwasser ist, umso kostengünstiger kann es als Leitungswasser angeboten werden. „Unsere durchgeführten Grundwasseruntersuchungen ergaben in vielen Regionen hohe Belastungen in oberflächennahen Grundwasserleitern“, sagt Susanne Bareiß, Gewässerschutzexpertin vom Verein zum Schutze des Rheins und seiner Nebenflüsse (VSR). „Auch die zahlreichen Schließungen von Brunnen der Wasserwerke belegen den kritischen Zustand.“

#### In die Leitungssysteme eingespeistes Grundwasser geht der Region verloren

Das durch die Wasserwerke in die Leitungssysteme eingespeiste Grundwasser geht dem lokalen Raum verloren. Das in den Haushalten genutzte Wasser wird hauptsächlich durch die Abwasserrohre abtransportiert und nach Klärung den Flüssen zugeleitet. Es entgeht den regionalen Grundwasservorräten. Zum Glück verwenden immer mehr Menschen Regen- und Brunnenwasser im Haus und Garten. Somit werden die Trinkwasservorräte geschont. Wenn Regenwasser versickert, um anschließend gereinigt als Brunnenwasser wieder benutzt zu werden, trägt das genauso zum Wassersparen bei wie die direkte Regenwassernutzung.

Gerade bei der Bewässerung im Garten, wie auch in der Landwirtschaft, sind Verfahren sinnvoll, die möglichst wenig Wasser verdunsten lassen, damit es entweder von der Pflanze aufgenommen wird oder wieder versickernd dem Grundwasser zu Gute kommt. Die aktuell verwendete „Sprengermethode“ erfüllt diese Anforderung nicht. Es ist daher notwendig andere Wasser sparende Techniken für die Be-

wässerung zu entwickeln, die kostengünstig produziert werden können. Diese können dann auch in den Ländern, die unter Wassermangel leiden, eingesetzt werden. Insbesondere Kleinbauernfamilien kann durch eine effiziente und günstige Möglichkeit der Bewässerung geholfen werden, bei der Regenwasser aufgefangen wird und dann mit möglichst wenig Verdunstung den Pflanzen zukommt. ■

#### • Weitere Informationen

Harald Gülzow, BBU-Vorstandsmitglied und Gewässerschutzexperte, Egmondstr. 5, 47608 Geldern  
Tel. 02831-980281, Fax -976526  
mobil 0170 / 3856076  
eMail: [guelzow@bbu-bonn.de](mailto:guelzow@bbu-bonn.de)  
[www.vsr-gewaesserschutz.de](http://www.vsr-gewaesserschutz.de)

<sup>1</sup> Dipl.-Phys. Harald Gülzow ist Mitglied im Vorstand des Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) und dort zuständig für den Gewässerschutz.

## Termine

### Bundesweite Umwelt-Termine

...finden Sie hier.

### Internationale Umwelt-Termine

...finden Sie in unserem EU-Rundschreiben (siehe vorletzte Seite in diesem Heft).

### Diese und neuere Termine im Internet

...finden Sie unter [www.dnr.de/termine](http://www.dnr.de/termine) (meist auch ausführlicher).

► DNR-Mitgliedsverbände, die dort selbst Termine veröffentlichen möchten, können sich bei [info@dnr.de](mailto:info@dnr.de) anmelden.

### Weitere Terminseiten im Internet

...haben wir auf [www.dnr.de/termin-links](http://www.dnr.de/termin-links) zusammengestellt, darunter spezielle Veranstaltungsübersichten zu Energie, Gentechnik, Naturschutz, Verkehr und Wasser.

### Ihre Umwelt-Termine

► ...von überregionalem Interesse mailen Sie bitte rechtzeitig in der hier üblichen Form an [info-berlin@dnr.de](mailto:info-berlin@dnr.de)

6./7.9., Erfurt

### 1. Internationaler Kongress zu Pflanzenöl-Kraftstoffen

nova-Institut, Hürth  
Tel. 02233 / 9436-84, Fax -83  
[michael.carus@nova-institut.de](mailto:michael.carus@nova-institut.de)  
[www.nova-institut.de](http://www.nova-institut.de)

8.9., Kiel

### Norddeutsche Klimakonferenz

Heinrich-Böll-Stiftung Schleswig-Holstein, Sarah Wolf  
Tel. 0431 / 90661-30, Fax 34  
[wolf@boell-sh.de](mailto:wolf@boell-sh.de)  
[www.boell-sh.de](http://www.boell-sh.de)

8.9., Erfurt

### Mit Energie zur nachhaltigen Regionalentwicklung

Symposium; Grüne Liga Thüringen, Grit Tetzl, Weimar  
Tel. 03643-492796, -53130  
[thueringen@grueneliga.de](mailto:thueringen@grueneliga.de)  
[www.grueneliga.de](http://www.grueneliga.de)

12.-14.9., Berlin

### II. Internationale Wasser-Konferenz

Senatsverwaltung für Wirtschaft; BGZ  
Tel. 030 / 80994-122, Fax -220  
[info@iwc-berlin.de](mailto:info@iwc-berlin.de)  
[www.iwc-berlin.de](http://www.iwc-berlin.de)

13.9., Köln

### Radverkehrskongress 2007

Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundliche Städte; P3 Agentur für Kommunikation und Mobilität  
Tel. 0221 / 20894-15, Fax -44  
[info@p3-agentur.de](mailto:info@p3-agentur.de)  
[www.nationaler-radverkehrsplan.de/termine/termin.php?id=1317](http://www.nationaler-radverkehrsplan.de/termine/termin.php?id=1317)

13.-15.9., Wiesenfelden/Bayern

### Welchen Naturschutz wollen wir?

#### Von der Zukunftsfähigkeit

#### verschiedener Naturschutzstrategien

Symposium; DNR; Büro Hubert Weinzierl  
Tel. 09966-777, Fax -490  
[stiftung@schloss-wiesenfelden.de](mailto:stiftung@schloss-wiesenfelden.de)

14.-16.9., Frankfurt/Main

### 2. Frankfurter Umweltkongress - Wege aus den ökologischen und ökonomischen Krisen

Deutsche Umwelt- und Gesundheits-Initiative (DUGI), Johann Fonfara  
Tel. 069 / 360079-05, Fax -06  
[info@dugi-ev.de](mailto:info@dugi-ev.de)  
[www.dugi-ev.de](http://www.dugi-ev.de)

14.-16.9., Poppau/Altmark

### Lebensräume nachhaltig gestalten - Einführung in die Planungsmethode Permakultur

Ökodorf e.V., Sandra Campe  
Tel. 039000 / 512-35, Fax -32  
[verein@oekodorf7linden.de](mailto:verein@oekodorf7linden.de)  
[www.oekodorf7linden.de](http://www.oekodorf7linden.de)

17.-18.9., Berlin

### Lokale Nachhaltigkeitsstrategien

Bundesweiter Fortbildungs- und Netzwerkkongress; Grüne Liga, Stefan Richter  
Tel. 030 / 4433910, Fax -33  
[mail@netzwerk21kongress.de](mailto:mail@netzwerk21kongress.de)  
[www.grueneliga-berlin.de](http://www.grueneliga-berlin.de)

20./21.9., Frankfurt am Main

### Was ist die CBD? Wie kommunizieren wir am besten „Biodiversität“?

Info-Veranstaltung und Medienworkshop; DNR, Bettina Lange (Info-Veranstaltung), Forum Umwelt & Entwicklung, Günter Mitlacher (Medienworkshop), Bonn  
Tel. 0228 / 92399353  
[bettina.lange@dnr.de](mailto:bettina.lange@dnr.de)  
[mitlacher@forumue.de](mailto:mitlacher@forumue.de)  
[www.biodiv-network.de](http://www.biodiv-network.de)

19.-21.9., Hohenheim bei Stuttgart

### Fortschritte im Biogas

Int. Konferenz; Internationales Biogas und Bioenergie Kompetenzzentrum (IBBK), Kirchberg/Jagst  
Tel. 07954 / 9262-03, Fax -04  
[conference@biogas-zentrum.de](mailto:conference@biogas-zentrum.de)  
[www.biogas-zentrum.de/ibbk](http://www.biogas-zentrum.de/ibbk)

21.9., Würzburg

### Das Ehrenamt als Grundlage demokratischer und nachhaltiger Verbandsarbeit

Symposium; DNR/Bund Naturschutz in Bayern (BN), Sebastian Schönauer  
Tel. 06094 / 984022  
[sebastian.schoenauer@bund-naturschutz.de](mailto:sebastian.schoenauer@bund-naturschutz.de)  
[www.bund-naturschutz.de](http://www.bund-naturschutz.de)

22.9., Dortmund

### Internationale Uran-Konferenz

Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen  
Tel. 0151 / 12702596  
[atomstopp@citykom.net](mailto:atomstopp@citykom.net)  
[www.sofa-ms.de/img/konferenz.swf](http://www.sofa-ms.de/img/konferenz.swf)

5./6.10., Berlin

### 7. Umweltmedizinische Jahrestagung

Deutscher Berufsverband der Umweltmediziner (dbu), Dr. Volker von Baehr  
Tel. 030 / 770012-20, Fax -36  
[info@dbu-online.de](mailto:info@dbu-online.de)  
[www.dbu-online.de](http://www.dbu-online.de)

10.-12.10., Braunschweig

### Abwasser-Recycling

Int. Symposium; Stadtentwässerung Braunschweig (SE BS)  
Tel. 0531 / 383450-00, Fax -01  
[info@se-bs.de](mailto:info@se-bs.de)  
[www.se-bs.de](http://www.se-bs.de)

16./17.10., Muhr am See/Bayern  
**Optimierung von Kalktuffquellen**  
Tagung; Landesbund für Vogelschutz in Bayern (LBV), Zoran Jokic, Hilpoltstein  
Tel. 09174 / 4775-65, Fax -75  
z-jokic@lbv.de  
www.lbv.de

18.-20.10., München  
**8. Weltumweltsteuerkonferenz**  
Förderverein Ökologische Steuerreform  
Tel. 089 / 520113-13, Fax -14  
foes@foes.de  
www.worldcotax.org

26.-28.10., Poppau/Altmark  
**Aufbau von Gemeinschaftsprojekten**  
Seminar; Hand in Hand Gemeinschaftsberatung, Eva Stützel  
Tel. 039000 / 512-37, Fax -32  
info@gemeinschaftsberatung.de  
www.gemeinschaftsberatung.de

6./20./27./29.11., München/Frankfurt  
a.M./Berlin/Hamburg  
**REACH-Erfahrungsaustausch in der betrieblichen Praxis**  
Katalyse Institut für angewandte Umweltforschung, Andrea Bartelmeß, Köln  
Tel. 0211 / 682226  
bartelmess@katalyse.de  
www.katalyse.de

9.-11.11., Ramsau b. Berchtesgaden  
**unterTage Alpin 2007**  
Verband der deutschen Höhlen- und Karstforscher, Bärbel Vogel  
Tel. 08657 / 983787  
b.w.vogel@gmx.de  
www.vdhk.de

16./17.11., Lüneburg  
**Business Case for Sustainability**  
Dachverband der Studentierendeninitiativen, Uni Campus Lüneburg  
Tel. 04131 / 6771520  
dsi@uni-lueneburg.de  
www.uni-lueneburg.de/dsi

27./28.11., Neuseddin bei Potsdam  
**Aktionen in ländlichen Räumen**  
Int. Tagung; Agro-Öko-Consult Berlin  
Tel. 0049 / 30547823-52, Fax -09  
aoec@aoec.de  
www.aoec.de

28.11., Schneverdingen/Niedersachsen  
**FFH-Verträglichkeitsprüfung, UVP und Eingriffsregelung**  
Alfred Toepfer Akademie für Naturschutz, Bernhard Salomon  
Tel. 05199 / 9890  
nna@nna.niedersachsen.de  
www.nna.niedersachsen.de

12.-16.5.2008, Bonn  
**Gentechnik-freier Weltgipfel der Vielfalt**  
Zukunftsstiftung Landwirtschaft, Berlin  
Tel. 030 / 275903-09, Fax -12  
info@gmo-free-regions.org  
www.gmo-free-regions.org

15.-19.9.2008, Karlsruhe  
**29. Deutscher Naturschutztag (DNT)**  
Bundesverband Beruflicher Naturschutz (BBN), Bundesamt für Naturschutz (BfN), Deutscher Naturschutzring (DNR); Ministerium für Ernährung und ländlicher Raum Baden-Württemberg  
DNR, Helga Inden-Heinrich, Bonn  
Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96  
helga.inden-heinrich@dnr.de  
www.dnr.de  
(ij, mb) ■

## Regelmäßige Umweltsendungen

### Sendeplätze in Radio und Fernsehen

Viele Redaktionen bieten Vor- und Rückschauen, Audiodateien, Sendemanuskripte und Zusatzinformationen im Internet an. Diese Liste (mit Links) steht auch unter [www.dnr.de/umweltinfo](http://www.dnr.de/umweltinfo) („TV + Radio“).  
► Änderungs- und Ergänzungsmeldungen bitte an die Redaktion. (mb)

## TV-Vorschau

### Der Grüne Kanal

„Das ökologisch korrekte TV-Programm“ für die nächsten Tage  
[www.bio.de/kanal.php](http://www.bio.de/kanal.php)

### Prisma online

Fernsehsendungen zum Stichwort „Natur“ in den nächsten vier Wochen:  
[www.prisma.de/suche/pzpsuche.html?pattern=natur](http://www.prisma.de/suche/pzpsuche.html?pattern=natur)  
Bestimmte Sendungen/Inhalte suchen:  
[www.prisma.de/suche](http://www.prisma.de/suche) (Stichwort suchen)

## Fernsehsendungen

### ZDF.umwelt

Sonntags 13.15-13.45, ZDF  
[www.zdf.de/ZDFde/inhalt/30/0,1872,1020478,00.html](http://www.zdf.de/ZDFde/inhalt/30/0,1872,1020478,00.html)

### Ozon - Umweltmagazin

Mi (14-tägig) 21.30, Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB)  
[www.rbb-online.de/ozon](http://www.rbb-online.de/ozon)

### Löwenzahn - Natur, Umwelt und Technik für Kinder

Sa, 12.10-12.35, ZDF; Sa 16.50-17.20 KIKA  
[www.tivi.de/loewenzahn](http://www.tivi.de/loewenzahn)

### Unser Land

Fr 19.00-19.45, Bayerischer Rundfunk (BR)  
[www.br-online.de/umwelt-gesundheit/unserland](http://www.br-online.de/umwelt-gesundheit/unserland)

### Unkraut - Umweltsendung für junge Leute

Mo (14-tägig) 21.20-21.45, Bayerischer Rundfunk (BR)  
[www.br-online.de/umwelt-gesundheit/sendungen/unkraut](http://www.br-online.de/umwelt-gesundheit/sendungen/unkraut)

### Arte-Umweltsendungen

Di 14.00 Hippokrates (Gesundheit), Sa 20.40 Abenteurer Arte, Sa 21.35 GEO u. a.  
[www.arte-tv.com/de/wissen-entdeckung/258720.html](http://www.arte-tv.com/de/wissen-entdeckung/258720.html)

### blickpunkt umwelt

3. Do im Monat, 19.00, h1 (Region Hannover)  
[www.blickpunktumwelt.de](http://www.blickpunktumwelt.de)

### Netz Natur

ca. alle 6 Wochen, Do 20.00-21.00, SF1 (Schweiz)  
[www.sf.tv/sf1/netznatur](http://www.sf.tv/sf1/netznatur)

### Planet Wissen

Mo-Fr 14.00-15.00 RBB  
Mo-Fr 15.00-16.00 WDR, SWR  
Mo-Fr 16.15-17.15 BR-alpha  
[www.planet-wissen.de](http://www.planet-wissen.de) („Natur/Technik“)

## Rundfunksendungen

### Umwelt und Verbraucher

Mo-Fr 11.35-12.00, Deutschlandfunk  
[www.dradio.de/dlf/sendungen/umwelt/](http://www.dradio.de/dlf/sendungen/umwelt/)

### Aus Umwelt und Ernährung

Mo-Fr 16.35-16.50, SWR cont.ra (Südwestrundfunk)  
[www.swr.de/contra](http://www.swr.de/contra)  
[www.podcast.de/sender/2358](http://www.podcast.de/sender/2358)

### Landwirtschaft und Umwelt

Mo-Fr 10.03-11.56, So 7.05-7.30 (Wh. 22.35), Bayern 2  
[www.br-online.de/umwelt-gesundheit/unserland/vorschau\\_lu.shtml](http://www.br-online.de/umwelt-gesundheit/unserland/vorschau_lu.shtml)

### hr-iNFO Umwelt und Entwicklung

Sa 20.35-21.00, So 8.35-9.00, hr (Hessischer Rundfunk)  
[www.hr-online.de/website/radio/hr-info/](http://www.hr-online.de/website/radio/hr-info/) („Wochenende“ - „Auf einen Blick“)

### RDL - Umweltsendungen

Mo 19.00-20.00 alle 4 Wochen: Greenpeace Radio Freiburg (Wh. Di 11.00-12.00)  
Mo 20.00-21.00: Burning Beds (Freiburg)/Restrisiko (Mannheim) - im Wechsel mit Magazin (Wh. Di 10.00-11.00)  
Radio Dreyeckland Freiburg 102,3 (freies Radio)  
[www.rdl.de/programm.html](http://www.rdl.de/programm.html)

### Radio Rainbow

Do 19.00-20.00 Radio LORA München 92,4 (freies Radio)  
<http://home.link-m.de/lora/rainbow.htm>

### Greenpeace-Radio Stuttgart

3. Do im Monat 20.00-21.00, 99,2 Antenne, 102,1 Kabel (freies Radio)  
[www.greenpeace-radio-stuttgart.de](http://www.greenpeace-radio-stuttgart.de)

### Radijojo! - Graslöwen Radio

[www.grasloewe.de](http://www.grasloewe.de)  
[www.radijojo.de](http://www.radijojo.de)



## Information und fachlicher Austausch

### Wikipedia: Selbstorganisiertes Fachwissen in der freien Enzyklopädie

► Wikipedia, die freie Enzyklopädie im Internet, kann jede/r nutzen und mit eigenem Wissen ergänzen. Die Bedienung ist einfach. Seit Mai 2001 wurden über 500.000 Artikel in deutscher Sprache verfasst. Es gibt ein Portal „Umweltschutz“ mit verschiedenen Kategorien und Bereichen, das bereits viel Fachwissen zusammenfasst, aber auch noch Lücken aufweist. Fachleute aus Umweltverbänden und -institutionen sind aufgerufen, hier ihre besonderen Kenntnisse und Erfahrungen einzubringen.

[www.de.wikipedia.org/wiki/Wikipedia:Willkommen](http://www.de.wikipedia.org/wiki/Wikipedia:Willkommen)

[www.de.wikipedia.org/wiki/Portal:Umweltschutz](http://www.de.wikipedia.org/wiki/Portal:Umweltschutz)

### Aktuelle eMail-Nachrichten zu allen Öko-Themen

Aktuelle und unabhängige Nachrichten zu ökologischen Themen senden eine Reihe von Infodiensten zumeist kostenlos per eMail zu - von allgemeinen Umweltinformationen über gängige Bereiche wie Energie oder Gentechnik bis zu speziellen Angeboten etwa zu „grüner Beschaffung“ oder Ökojobs. Eine von mehreren DNR-Verbänden zusammengestellte Übersicht von rund 50 solcher Dienste ist im Internet zugänglich.

[www.dnr.de/umweltinfo](http://www.dnr.de/umweltinfo)

### „Grünes Forum“: Umwelt-Diskussionsplattform im Internet

► In diesem partei- und verbandsunabhängigen Online-Forum können Meinungen und Informationen zu Umweltfragen aller Art ausgetauscht werden. Gegliedert ist das Forum nach Themen (Artenschutz, Bildung, Energie, Gentechnik, Klima, Meere, Naturschutz, Politik, Verkehr, Tierschutz, Wirtschaft) sowie nach Bundesländern.

[www.gruenes-forum.net](http://www.gruenes-forum.net)  
(mb) ■

## EU-Umweltpolitik verständlich: Unsere Sonderhefte

Meldungen und Kommentare zur europäischen und internationalen Umweltpolitik finden Sie im EU-Rundschreiben - der „Schwesterpublikation“ zum Deutschland-Rundbrief (siehe nächste Seite). Zusätzlich zu diesem erscheinen mehrmals im Jahr thematische Sonderhefte. Viele dieser Sonderhefte sind gerade für DRB-Leser/innen interessant: Sie bringen Licht in die Brüsseler Strukturen und zeigen, wie sich Umweltverbände auf europäischer Ebene effektiv und erfolgreich engagieren können.

Titel/Thema	Ausgabe
Europa vor der Energiewende? Aktuelles zur EU-Energiepolitik	II/2007
EU-Fonds für die Umwelt: Ein kritischer Leitfaden	I/2007
Brüsseler 1×1: Wie funktioniert die EU?	Extra
Memorandum zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft/10 Grüne Prüfsteine	Extra
Umsetzung von EU-Umweltrecht: Wohin steuert die Europäische Union?	11./12.06
Forderungen an den deutschen Vorsitz im Rat der EU und bei der G8	10.06
Rat und Tat in Brüssel: Alles über den Rat der Europäischen Union	08/09.06
Umweltschutz in den Beitrittsländern Bulgarien, Rumänien und Kroatien	07.06
Wohin geht die Reise? Tourismus auf dem Prüfstand	06.06
Europa nachhaltig entwickeln: Zum Stand der EU-Nachhaltigkeitsstrategie	05.06
Gefahr Grüne Gentechnik: Das Märchen von der Koexistenz	04.06
Wer schützt den Wald? Waldpolitik in Deutschland, in der EU und weltweit	02/03.06
EU-Dienstleistungsrichtlinie bedroht Daseinsvorsorge und Umweltrecht	01.06
Abschalten, umschalten, einsparen: Wohin steuert die Energiepolitik?	12.05
Marktwirtschaftliche Instrumente: Ökosteuern und Emissionshandel	11.05
Europa weiterdenken: Verfassungsdebatte als Chance nutzen!	10.05
Ihre Rechte in der EU-Umweltgesetzgebung: Ein Wegweiser	08/09.05
Für eine starke EU- Chemikalienpolitik ... alles über REACH	06/07.05
Die europäischen Umweltverbände: Ein Nachschlagewerk	05.05
Biodiversität, Zugang zu genetischen Ressourcen und Vorteilsausgleich	03/04.05
Sieben thematische Strategien für eine bessere Umweltpolitik	02.05
Die neue Europäische Kommission: Barrosos Team tritt an	01.05
Biodiversität auf der politischen Agenda: Ist die Vielfalt noch zu retten?	11/12.04
Europas Meere: Geschützte Vielfalt oder Müllkippe und Selbstbedienung?	09/10.04
Die Århus-Konvention: Mehr Rechte für Umweltverbände	08.04
Nachhaltigkeitsstrategien: Ökologisch, sozial und wettbewerbsfähig?	07.04
Das Transeuropäische Verkehrsnetz: Ist der Zug abgefahren?	06.04
Welche Energien brauchen wir?	05.04
Wasser: Globale Ressource - schützenswertes Gut	04.04
Umweltpolitik und Parteien in den neuen Mitgliedstaaten	02/03.04
Europäische Verfassung gescheitert?	01.04
Natura 2000: Vision und Umsetzung des europäischen Naturschutzes	12.03
Umweltverbände zur Europawahl 2004	11.03
Grüne Gentechnik: Verunreinigtes Saatgut, Verbraucherschutz, Aktionen	10.03
Die Regierungskonferenz zur EU-Verfassung	09.03
Die 5. WTO-Ministerkonferenz in Cancún	08.03
Europäische Chemikalienpolitik	07.03
Weltweite Regeln für globale Unternehmen	06.03
Europäische Umweltministerkonferenz Kiew 2003	04/05.03
Der Stand der EU-Erweiterung	03.03
Reformdebatten in der EU (2): Der Verfassungskonvent	02.03
Reformdebatten in der EU (1): Der EURATOM-Vertrag	01.03

Alle Sonderhefte können kostenlos im Internet heruntergeladen werden (PDF-Download, ca. 200-500 kB):

[www.dnr.de/eur](http://www.dnr.de/eur) („Bisherige Ausgaben“) oder  
[www.eu-koordination.de](http://www.eu-koordination.de) („Publikationen“)

## Unser Partner in Brüssel: Das Europäische Umweltbüro

### Der Dachverband der europäischen Naturschutz- und Umweltverbände

Das Europäische Umweltbüro (EEB) ist der Dachverband von 140 zivilgesellschaftlichen Organisationen in allen EU-Mitgliedsländern und einigen Nachbarstaaten. Die Mitglieder sind lokal, national, europaweit oder international agierende Organisationen. Insgesamt repräsentiert das EEB über 15 Millionen Bürger/innen.

Das EEB organisiert und unterstützt das Engagement seiner Mitgliedsorganisationen für eine effektive EU-Politik und nachhaltige Entwicklung. Das EEB-Büro in Brüssel arbeitet eng mit seinen Mitgliedern zusammen, um den Informationsstand über die EU-Umweltpolitik zu verbessern, das Verständnis für diesen Bereich zu fördern und den Dialog mit dem Europäischen Parlament, der EU-Kommission und den Regierungen der Mitgliedsländer zu pflegen.

Für jede EU-Ratspräsidentschaft veröffentlicht das EEB eine Prioritätenliste der zu behandelnden Themen. Nach Ablauf der Präsidentschaft wird eine Bewertung anhand dieser „Zehn grünen Prüfsteine“ durchgeführt. Beides wird auch regelmäßig im EU-Rundschreiben des DNR veröffentlicht.

Das EEB verfügt über Fach-Arbeitsgruppen, die aus dem Kreis der Mitgliedsorganisationen gebildet werden. In ihnen sind in der Regel über die Teilnehmer die meisten EU-Mitgliedsländer und auch viele Beitrittsstaaten vertreten. Die Arbeitsgruppen werden von EEB-Expert/innen geleitet (siehe Tabelle).

### Das Europäische Umweltbüro arbeitet zu folgenden Themen:

- Integration von Umweltbelangen in die gesamte EU-Politik („Article 6 Watch“<sup>1</sup>)
- Öffentlichkeitsbeteiligung im Umweltbereich (Århus-Konvention)
- Luftqualität und Lärm (gesamter Bereich der EU-Luftqualitätspolitik: CAFE<sup>2</sup>-Programm, aktuelle EU-Richtlinien; Lärmrichtlinie)

- Klima/Energie (alles rund um das Kyoto-Protokoll; in Zusammenarbeit mit dem Climate Action Network - CAN-Europe)
- Biodiversität (Umsetzung und Finanzierung von NATURA 2000, Naturschutz außerhalb der FFH-Richtlinie, Überarbeitung der EU-Biodiversitätspolitik, strategische Umweltprüfung SEA)
- Chemikalien (REACH-Verordnung)
- Quecksilber (EU-Quecksilberrichtlinie, Aufbau eines Netzwerks, internationale Ebene)
- Produktpolitik (Ecolabel)
- Ökologische Finanzreform (Ökologische Steuerreform, unökologische Subventionen, EU-Richtlinie zum öffentlichen Beschaffungswesen u. a.)
- Landwirtschaft und Boden (EU-Agrarreform, Agro-Gentechnik u. a.; Biotreibstoffe; Bodenschutz)
- Abfall (Abfallvermeidung und -recycling)
- Wasser (Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie)
- Tourismus

Außerdem arbeitet das EEB zur:

- IPPC-Richtlinie zur Vermeidung von Umweltverschmutzung (Integrated Pollution Prevention and Control),
- Entwicklung der Thematischen Strategie zur nachhaltigen Nutzung natürlicher Ressourcen,
- Umsetzung der Richtlinie zur Strategischen Umweltprüfung,
- EU-Strategie für Nachhaltige Entwicklung,
- Standardisierung des europäischen Gütesiegels,
- Umwelthaftung,
- EU-Erweiterung
- Verbesserung der Umsetzung und Einhaltung der EU-Umweltgesetzgebung.

### • Weitere Informationen

Europäisches Umweltbüro (EEB), Boulevard de Waterloo 34, B-1000 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 28910-90, Fax -99  
eMail: eeb@eeb.org  
www.eeb.org

Mitarbeiter/in	Funktion/Fachgebiet	eMail
John Hontelez (d)	Generalsekretär	hontelez@eeb.org
Regina Schneider (d)	Leiterin der Informationsabteilung; Weiterbildung	info@eeb.org
Caroline Bretelle	Presse und Veröffentlichungen	caroline.bretelle@eeb.org
Pendo Maro	Umweltpolitik und Umweltintegration (Kordinatorin)	pendo.maro@eeb.org
Mara Silina	EU-Erweiterung, Bürgerbeteiligung, Weiterbildung, ECO-Forum (Kordinatorin)	mara.silina@eeb.org
Pieter de Pous (d)	Biodiversität, Wasser, Landwirtschaft, Gentechnik (EU-Politikreferent)	pieter.depous@eeb.org
Mecki Naschke (d)	Chemikalien, Industriepolitik (EU-Politikreferentin)	mecki.naschke@eeb.org
Anja Leetz (d)	Chemikalienpolitik (Kampagnenleiterin)	anja.leetz@eeb.org
Kerstin Meyer (d)	Luftverschmutzung, Lärm, Städtische Umwelt (EU-Politikreferentin)	kerstin.meyer@eeb.org
Doreen Fedrigo	Abfall, Ökologische Produktpolitik, Ressourcen (Leitende EU-Politikreferentin)	doreen.fedrigo@eeb.org
Elena Lymberidi	Quecksilber-Kampagne (Kordinatorin)	elena.lymberidi@eeb.org

(d) = deutschsprachig

1 Artikel 6 des EG-Vertrages: Gebot der Umweltintegration - siehe [www.eur-lex.europa.eu/de/treaties/dat/12002E/pdf/12002E\\_DE.pdf](http://www.eur-lex.europa.eu/de/treaties/dat/12002E/pdf/12002E_DE.pdf)

2 „Clean air for Europe“ - „Saubere Luft für Europa“

## Inhalt des EU-Rundschreibens des DNR in diesem Monat

► Naturschutz- und Umweltpolitik wird in Brüssel gemacht: 80 Prozent des in Deutschland geltenden Umweltrechts gehen auf europäische Initiativen zurück. Unser EU-Rundschreiben ist bisher das einzige deutsche EU-Umweltmedium. Ab der kommenden Ausgabe wird es in eine gemeinsame DNR-Publikation integriert (siehe S. 3). Schauen Sie auch auf unsere EU-Internetseite: [www.eu-koordination.de](http://www.eu-koordination.de)

### Editorial

- Deutsche EU-Präsidentschaft: Schwächen auf den zweiten Blick

### EU-Präsidentschaft

- Bewertung der deutschen EU-Ratspräsidentschaft
- Portugiesische Präsidentschaft im Ökotest

### EU-Politik, Recht

- Umweltministerrat 28.6.: Abfallpolitik, Quecksilberexport, prioritäre Stoffe in Gewässern
- EU-Parlament will Vetorecht bei Wasser- und Produktpolitik
- Justizminister wollen Reichweite der Umwelthaftungsrichtlinie begrenzen
- Mehr Deutsche halten EU wieder für „gute Sache“
- Newsticker: Ratstermine, Atommüll, neue Minister, Ökosteuern, Folgenabschätzungen, weiche Instrumente, Rechtsumsetzung

### Abfall, Produktpolitik

- Gastbeitrag: Altreifen-Streitfall in der WTO: Umwelt als Gewinnerin? Von Jürgen Knirsch, Greenpeace

- Umweltminister schwächen Abfallhierarchie ab
- Deutschland: Abfallexport verdoppelt
- Newsticker: Energieeffizienz, Beschaffung, Müllschmuggel, Giftmüllimport, Bioabfälle, EMAS

### Agrarpolitik, Gentechnik, Verbraucherschutz

- EU lässt umstrittene Gen-Kartoffel zu
- Streit über EU-Weinreform
- Newsticker: Brutvogelmonitoring, Genmais, GVO-Zulassungen

### Chemikalien, Emissionen

- Quecksilberexporten weiter möglich
- EU will Chemikalien nach UN-Standard kennzeichnen
- Umweltausschuss: Pestizideinsatz halbieren
- Newsticker: Paraquat-Verbot, REACH-Software, Rheinzufüsse, Luftqualität, Umgebungslärm, Todesursachen

### Energie, Klima

- EU will energiepolitische Verbraucherrechte stärken
- Dank EEG: Deutschland erreicht Erneuerbaren-Ziel vorfristig
- IEA: Finale Ölkrise in fünf Jahren
- EU-Grünbuch Klimawandel
- Agenda des neuen Parlaments-Klimaausschusses
- Initiative zur Senkung von Emissionen im Luftverkehr
- Newsticker: Energieeffizienz, Emissionshandel, Brasilien, Atomausstieg, Stromverbrauch, Erneuerbaren-Förderung

### Naturschutz, Biodiversität

- Zu wenig Vogelschutz- und FFH-Gebiete: Klagen vor EuGH
- Tierfell-Importe ab 2009 verboten
- Vorbereitende Beratungen für Biodiversitätsgipfel Bonn 2008
- Newsticker: EU-Strafzahlungen, Unternehmensverantwortung, Alpen

### Verkehr, Tourismus

- EU will Autoindustrie zu CO<sub>2</sub>-Senkung auf 120 g/km verpflichten
- Fehmarnbelt-Brücke wird gebaut
- Experten fordern Entkopplung von Wirtschafts- und Verkehrswachstum
- Umweltfreundlichere Lkw und Busse

### Wasser, Meere, Fischerei

- Dokumentation: Stellungnahme der Aktionskonferenz Nordsee zum Grünbuch Meerespolitik
- Ausnahmeregeln für prioritäre Stoffe
- CO<sub>2</sub>-Speicherung im Nordostatlantik
- Newsticker: Grünbuch: Meerespolitik, Meeresforschung, WRRRL, Entsalzung, Fäkalien, Fangquoten

### Service

- Veröffentlichungen
- Aktualisierung: LIFE+ - Ansprechpartner, Adressen und Links
- Termine
- EU-Gesetzgebungsverfahren
- Wegweiser: EU, EEB, UBA

## Verweise auf frühere Ausgaben

In einigen Artikeln wird auf vorangegangene Ausgaben verwiesen: „DRB 07.06“ weist z. B. auf Heft 7 des Deutschland-Rundbriefes im Jahr 2006 hin. Verweise auf das EU-Rundschreiben (siehe rechts) sind genauso gehalten, z.B. „EUR 11.06“. Alle älteren Ausgaben sind komplett im Internet zugänglich: [www.dnr.de/dr/b](http://www.dnr.de/dr/b) („Bisherige Ausgaben“).

## Danksagung

Für das Verfassen von Beiträgen und die Bereitstellung von Informationen zu diesem Rundbrief danken wir allen Beteiligten, vor allem den Gastautor/innen, den Redaktions-Praktikant/innen sowie den Umwelt-Informationsdiensten, Verbänden und Institutionen, deren Meldungen verwendet wurden (siehe „Weitere Informationen“ unter jedem Beitrag). Besonderer Dank gilt dem unabhängigen Verbände-Informationsdienst ngo-online.

## Wir im Internet

### [www.dnr.de/publikationen](http://www.dnr.de/publikationen)

heißt die Internetseite des DNR-Redaktionsbüros. Dort finden Sie:

- die aktuellen Ausgaben mit Inhaltsverzeichnis, Editorial, Serviceteil und vier ausgewählten Beiträgen
- bisherige Ausgaben ab Januar 2000 als Volltext-Archiv (PDF-Dateien)
- Sonderhefte und Beilagen zu verschiedenen Umwelt-Themen

Gegen Rückporto können die Materialien auch zugesandt werden.

### Tagesaktuell informiert per eMail

Für unsere Abonnent/innen und für Fachleute aus den DNR-Mitgliedsverbänden bieten wir kostenlos aktuelle eMail-Nachrichten an. Unter rund 50 Umwelt-Themen kann ausgewählt werden. Angebot und Bestellmöglichkeit: [www.dnr.de/infoservice](http://www.dnr.de/infoservice)

## Gastbeiträge willkommen

► Wir freuen uns auf Ihre umweltpolitischen Beiträge in Absprache mit der Redaktion. Beiträge von Gastautor/innen stimmen nicht in allen Fällen mit der Meinung von Redaktion bzw. Herausgeber überein. Die Redaktion behält sich vor, Beiträge zu kürzen und zu überarbeiten.

## Unsere umweltpolitischen Zeitschriften

### EU-Rundschreiben, Umwelt aktuell, Forum Umwelt und Entwicklung

Meldungen und Kommentare zur EU-Umweltpolitik fanden Sie bisher in unserem EU-Rundschreiben (siehe vorhergehende Seite). Ab Oktober wird dieses in die gemeinsame DNR-Publikation „Umwelt aktuell“ integriert. Beiträge zur globalen Umwelt- und Entwicklungspolitik stehen im Rundbrief des Forums Umwelt und Entwicklung, getragen vom DNR. Wir senden oder mailen gern kostenlose Probeexemplare. Online-Artikel und -Archive: [www.dnr.de/publikationen](http://www.dnr.de/publikationen)  
[www.eu-koordination.de](http://www.eu-koordination.de)  
[www.forumue.de/forumaktuell/rundbriefe](http://www.forumue.de/forumaktuell/rundbriefe)

# Abo

## Abonnieren Sie die monatliche Publikation des Deutschen Naturschutzing

Ich bestelle die Monatszeitschrift des DNR **ab Ausgabe:**

- Privatpersonen**  
55,15 Euro pro Jahr\*
- Institutionen/Organisationen**  
91,15 Euro pro Jahr\*
- Studierende** (mit Nachweis)  
41,15 Euro pro Jahr\*
- Zusätzliches Online-Abo**  
49,- Euro pro Jahr\*

**Absender/in**  
Vorname, Name:  
ggf. Institution:  
ggf. Funktion:  
Straße/PF:  
PLZ, Ort:  
Tel./Fax:  
eMail:

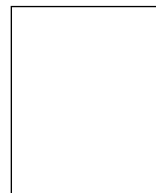
\* inkl. MWSt., zzgl. Porto- und Versandkosten

- gegen Rechnung** an die oben angegebene / folgende Adresse:

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb von 14 Tagen widerrufen kann. Die Frist beginnt mit Absendung dieser Bestellung (Poststempel).

Datum/Unterschrift:

# Abo



Deutscher Naturschutzring  
Redaktionsbüro  
Prenzlauer Allee 230  
10405 Berlin